# Rundbrief
## für Soziale Dreigliederung
*Dem freien Geistesleben verpflichtet*

**Nr. 35** – Okt./Nov. 2024


## Inhalt


Das „bedingungslose Grundeinkommen“ an den Quellen geprüft ..... 2
Vor hundert Jahren ..... 9
Der Meinungskorridor wird enger … ..... 10
Demokratie und Stereotypie ..... 12
Warum so angepasst? ..... 15
Einleitung zum Offenen Brief ..... 21
Offener Brief ..... 21
Leserforum ..... 24


## Editorial

Liebe Leser,

besonders bei komplexeren Fragen ist oft nicht sofort klar, in welchem Glied des Sozialen Organismus eine Fragestellung oder ein Vorgang angesiedelt sein sollte. Wer soll sich z.B. um die Einkommen kümmern oder um die Medien?

In dieser Ausgabe unseres Rundbriefes ergänzen wir einen Artikel zum bedingungslosen Grundeinkommen um solche zu der Frage der Meinungsbildung und der Funktion der Medienpublikationen, auch der anthroposophischen.

Das bedingungslose Grundeinkommen sorgt unter denjenigen, die sich um die Soziale Dreigliederung bemühen, für eine andauernde Kontroverse. Besonders seit dem Beginn des Jahres 2020 fand es auch Zuspruch von Befürwortern aus ganz anderen Kreisen, als den anthroposophischen, denen sich ja auch der inzwischen verstorbene Gründer der dm Drogerien und bekannte Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens Götz Werner zurechnete. So meldeten sich Initiativen wie abstimmung21.de und Expedition Grundeinkommen zu Wort, die einen Volksentscheid dazu herbeiführen wollen und hinter denen Akteure wie z.B. Democracy International, change.org und Energywatchgroup stehen. Am Ostersonntag im April 2020 sprach sich Papst Franziskus für das bedingungslose Grundeinkommen aus. Ob dieser Befürworter könnte man mißtrauisch geworden sein und die Idee des Grundeinkommens noch einmal prüfen und hinterfragen wollen. Johann Eike Benesch hat „Das ‚bedingungslose Grundeinkommen‘ an den Quellen geprüft“ und sich die Ausführungen Rudolf Steiners bezüglich der Einkommensfrage vergegenwärtigt; lesen Sie seinen Artikel ab Seite 2.

Germar Wetzler knüpft in seiner Artikelfolge „Vor hundert Jahren“ an den in unserer letzten Ausgabe thematisierten letzten Vortrag Rudolf Steiners vom 28. September 1924 an, in dem Steiner bereits den Erzengel Michael angerufen hatte. Diesen Michaelsimpuls, der die Menschheit zum lebendigen neuen Denken befähigen will, führte er in den Anthroposophischen Leitsätzen weiter. Lesen Sie dazu ab Seite 9.

Istvan Hunter und Bernd Brackmann umkreisen in ihren Artikeln die Frage, wie sich Meinungen und Wirklichkeiten in Mediendarstellungen und in unseren Köpfen zu unserer Vorstellung und denjenigen unserer Regierungen zur Demokratie verhalten. Sie geben uns Anlass, die Rolle der Medien zu bedenken und zu überdenken. Welche Stellung sollten die Medien in einem gesunden Sozialen Organismus haben, der wirklich dreigegliedert organisiert ist? So dass das Geistesleben, dem die Medien angehören, für freie Medien sorgen kann und die Medien nicht von Schattenmächten kontrolliert bleiben. Die Medien dürfen keiner Macht unterworfen sein und auch selbst keine Medienmacht darstellen – sie müssen vom Staatswesen unabhängig sein. Und damit dürfen sie eben nicht die vierte Gewalt sein (wie man es derzeit auch oft als Lösungsvorschlag zu hören bekommt), sondern eben gar keine Gewalt. Das Recht auf die viel beschworene Meinungsfreiheit besagt sicherlich, dass man auch irren darf. Sollte man das nicht dürfen, wäre eigenständige Gedankenarbeit nicht möglich. Trotzdem es sich nicht leugnen lässt, dass es nur eine Wahrheit geben kann, kennen wir oder der ein oder andere diese vielleicht noch nicht, weil er sich nicht die Erlaubnis gibt, die durch die Medien vorgeschriebene Meinung zu hinterfragen. Lesen Sie zwei Artikel von Istvan Hunter: „Der Meinungskorridor wird enger“ ab Seite 10

und „Demokratie und ihre Stereotype“ ab Seite 12. Hunter zeigt, wie einheitsstaatliche Demokratien nie wirklich demokratisch aufgebaut sind, sondern von oben nach unten regieren und darauf angewiesen sind, die Bevölkerung von ihren Entscheidungen zu überzeugen und insofern das Vertrauen der Bevölkerung zu erhalten. Die Rolle der Medien ist es dabei, die Meinungsbildung zu steuern. Wir dürfen erkennen, dass der Einheitsstaat auch deswegen niemals gesunden kann und dass demokratische Prinzipien nur im Staats- und Rechtsleben angebracht sind. Ab Seite 15 fragt Bernd Brackmann: „Warum so angepasst?“ Am Ende wagt Brackmann noch kaum einen „Bewusstseinswandel hin zu einer Sozialen Dreigliederung“ zu erhoffen und erwägt Reformen, die zu einer Basisdemokratie hinneigen. Wir möchten jedoch darauf hinweisen, dass die Idee, dass alle über alles mitzubestimmen haben, die der basisdemokratischen Idee zugrunde liegt, sich nicht mit der Idee der Sozialen Dreigliederung verträgt. Denn weil eben nicht jeder über die nötigen Erkenntnisse und Fähigkeiten zu jedem Fachgebiet verfügen kann, wird durch diese Idee u.a. der Lobbyismus nicht abgestellt werden können.

Ab Seite 21 bringen wir einen offenen Brief von Michael Kalisch an den Herausgeber der Wochenschrift „Das Goetheanum“, die seine Leserbriefe ignoriert hatte. Nicholas Dodwell stellt die Bedeutung solcher Gesprächslücken auch in der anthroposophischen Berichterstattung dar, denn Wahrheitsstreben erfordert Offenheit (ab Seite 21).

Zu der Frage, ob Rudolf Steiner am 1.Januar 1924 vergiftet wurde oder nicht, erhielten wir einen Leserbrief von Wilhelm Bembenek, den wir mit der Stellungnahme von Nicholas Dodwell ab Seite 24 abdrucken. Wir empfehlen, dazu Videos[1] anzusehen, die Michael Birnthaler veröffentlicht hat und in denen er Zeitzeugenberichte, u.a. von Ilona Schubert[2], zusammengetragen hat, die aus unserer Sicht eine Vergiftung belegen.

Wir wünschen Ihnen eine ersprießliche Lektüre!

Karin Ghion-Hamadu
und das Redaktionsteam vom
Rundbrief für Soziale Dreigliederung

1 https://youtu.be/sdLtHr00T2k?feature=shared
https://youtu.be/jN8qfVWBfcc?feature=shared

2 Schubert, Ilona. 1985. *Selbsterlebtes im Zusammensein mit Rudolf Steiner und Marie Steiner* (3. Auflage, 1. Auflage 1970), S. 66

* * *

# Das „bedingungslose Grundeinkommen“ an den Quellen geprüft

*Abgedruckt auf der Internetseite beim Institut für Soziale Dreigliederung*[7]

***Johann Eike Benesch**, 2013*

Diese beiden Texte entstammen einer Serie von Beiträgen, die ich 2013 zunächst in facebook veröffentlichte, ausgehend von einer Auseinandersetzung mit dem bekannten Protagonisten eines „bedingungslosen Grundeinkommens“, Arfst Wagner, ehemals MdB der GRÜNEN und Waldorflehrer in Rendsburg. Hier handelt es sich um die Texte Nr. 8 und 10, in denen ich jeweils eng an den Quellen der Frage nachgehe, ob sich die anthroposophischen BGEler mit Recht auf Rudolf Steiner berufen können.

## I. Ist ein "bedingungsloses Grundeinkommen" aus Steiners sozialem Hauptgesetz ableitbar?

Steiners Soziale Dreigliederung und seine Forderung nach einer Trennung von Arbeit und Einkommen gilt den Befürwortern eines bedingungslosen Grundeinkommens als Beleg, dass ein solches Grundeinkommen auch in seinem Sinne wäre bzw. auch aus dem Geist der seit 1917 entwickelten Dreigliederung folgen würde.

Nachdem ich in Steiners Schriften "Die Kernpunkte der sozialen Frage" von 1919 und im Nationalökonomischen Kurs von 1922 bei genauer Lektüre die Forderung nach einem solchen Grundeinkommen nicht finden konnte, wies mich ein bekannter Verfechter eines bGE auf Schriften Steiners von 1905/06 hin, in denen dieser sein "soziales Hauptgesetz" entwickelte, dort sei die Ableitung eines Grundeinkommens zu finden.[1]

Es war dann sehr überraschend für mich, dass grade in diesen Texten – „Geisteswissenschaft und soziale Frage“ von 1905/06 in GA 34 – Steiner vor so etwas wie einem Grundeinkommen geradezu warnt. Steiner berichtet von Robert Owen (1771–1858), der in Indiana 1824 eine Art Musterstaat mit einer vollständigen materiellen Absicherung aller Mitglieder verwirklichte, die dann im weiteren Verlauf am durchbrechenden Egoismus der Teilnehmer vollkommen scheiterte. Das im weiteren Fortgang seines Textes entwickelte soziale Hauptgesetz und die sich daran

anschließenden Worte haben nun Menschen wie Götz Werner und viele andere veranlasst, ein Grundeinkommen zu vertreten, und in der Tat: Aus dem Kontext genommen könnte man diesen Abschnitt so verstehen. Sein Wortlaut ist:

*"Das Heil einer Gesamtheit von zusammenarbeitenden Menschen ist um so größer, je weniger der einzelne die Erträgnisse seiner Leistungen für sich beansprucht, das heißt, je mehr er von diesen Erträgnissen an seine Mitarbeiter abgibt, und je mehr seine eigenen Bedürfnisse nicht aus seinen Leistungen, sondern aus den Leistungen der anderen befriedigt werden."*

Weiter sagt Steiner:

*„Alle Einrichtungen innerhalb einer Gesamtheit von Menschen, welche diesem Gesetz widersprechen, müssen bei längerer Dauer irgendwo Elend und Not erzeugen – Dieses Hauptgesetz gilt für das soziale Leben mit einer solchen Ausschließlichkeit und Notwendigkeit, wie nur irgendein Naturgesetz in bezug auf irgendein gewisses Gebiet von Naturwirkungen gilt. Man darf aber nicht denken, daß es genüge, wenn man dieses Gesetz als ein allgemeines moralisches gelten läßt oder es etwa in die Gesinnung umsetzen wollte, daß ein jeder im Dienste seiner Mitmenschen arbeite. Nein, in der Wirklichkeit lebt das Gesetz nur so, wie es leben soll, wenn es einer Gesamtheit von Menschen gelingt, solche Einrichtungen zu schaffen, daß niemals jemand die Früchte seiner eigenen Arbeit für sich selber in Anspruch nehmen kann, sondern doch diese möglichst ohne Rest der Gesamtheit zugute kommen. Er selbst muß dafür wiederum durch die Arbeit seiner Mitmenschen erhalten werden.* ***Worauf es also ankommt, das ist, daß für die Mitmenschen arbeiten und ein gewisses Einkommen erzielen zwei voneinander ganz getrennte Dinge seien.“*** [Hervorhebung E.B.]

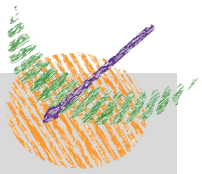
Hier meinen nun die Befürworter eines staatlich organisierten Grundeinkommens, dass ihr Konzept ableitbar sei: Wenn man Arbeit für die Mitmenschen und Erzielung eines Einkommens voneinander trennen will, was liegt da näher, so wird argumentiert, als die Gewährung von Einkommen, wenigstens von „Grundeinkommen“, durch die staatlichen Einrichtungen sicherzustellen. "Der Staat sind wir alle" tönt es einem entgegen, anknüpfend an die europäische Sozialstaatstradition hält man es gar nicht weiter für hinterfragensbedürftig, ob es nicht einen grundlegenden Unterschied macht, welches gesellschaftliche Glied eine solche Trennung von Arbeit und Einkommen bewirkt bzw. ob denn wirklich das Einkommen dann staatliche Sache sei.

Würden die bGE-Aktivisten nur ein wenig weiterlesen im Text von 1906, könnten sie bemerken, dass Steiner hier sogar ausdrücklich vor so etwas wie einem Grundeinkommen für große Menschenmassen warnt: Zu seinem soeben aufgestellten Gesetz sei *"aber eine* ***Voraussetzung notwendig****. Wenn ein Mensch für einen anderen arbeitet, dann muß er in diesem anderen den Grund zu seiner Arbeit finden; und wenn jemand für die Gesamtheit arbeiten soll, dann muß er den Wert, die Wesenheit und Bedeutung dieser Gesamtheit empfinden und fühlen. Das kann er nur dann, wenn die Gesamtheit* ***noch etwas ganz anderes ist als eine mehr oder weniger unbestimmte Summe von einzelnen Menschen. Sie muß von einem wirklichen Geiste erfüllt sein, an dem ein jeder Anteil nimmt.*** *Sie muß so sein, daß ein jeder sich sagt: Sie ist richtig, und ich will, daß sie so ist. Die Gesamtheit muß eine geistige Mission haben; und jeder einzelne muß beitragen wollen, daß diese Mission erfüllt werde."* [Hervorhebungen E.B.]

Weiter heißt es in wünschenswerter Klarheit:

*"Gutes ist von jeher nur dort gediehen, wo in irgendeiner Art ein solches Leben des Gesamtgeistes erfüllt war. Der einzelne Bürger einer griechischen Stadt des Altertums, ja auch derjenige einer freien Stadt im Mittelalter hatte so etwas wie wenigstens ein dunkles Gefühl von einem solchen Gesamtgeist. ... Die Aufgabe der Gegenwart aber ist, die Menschen in eine solche Lage zu bringen, daß ein jeder aus seinem innersten Antriebe heraus die Arbeit für die Gesamtheit leistet."*

Am Beispiel Robert Owens, dessen Versuch einer sozialen Modellgemeinschaft in Indiana 1827 gescheitert war, zeigt Steiner dann auf, was die Folgen eines Grundeinkommens oder ähnlicher Segnungen für eine Gruppe von Menschen ohne eine gemeinsame geistige Ausrichtung sein werden: *"Der Glaube, den Owen gehabt hat an die Güte der Menschennatur, ist nur teilweise richtig, zum anderen Teile ist er aber eine der ärgsten Illusionen. Er ist insofern richtig, als in jedem Menschen ein «höheres Selbst» schlummert, das erweckt werden kann. Aber es kann aus seinem Schlummer nur erlöst werden durch eine Weltauffassung, welche die oben genannten Eigenschaften hat. Bringt man Menschen in Einrichtungen, wie sie von Owen erdacht waren, dann wird die Gemeinschaft im schönsten Sinne gedeihen. Führt man aber Menschen zusammen, die eine solche Weltauffassung*



*nicht haben, dann wird das Gute der Einrichtungen sich ganz notwendig nach einer kürzeren oder längeren Zeit zum Schlechten verkehren müssen. Bei Menschen ohne eine auf den Geist sich richtende Weltauffassung müssen nämlich notwendig gerade diejenigen Einrichtungen, welche den materiellen Wohlstand befördern, auch eine Steigerung des Egoismus bewirken, und damit nach und nach Not, Elend und Armut erzeugen. – Es ist eben in des Wortes ureigenster Bedeutung richtig: nur dem einzelnen kann man helfen, wenn man ihm bloß Brot verschafft; einer Gesamtheit kann man nur dadurch Brot verschaffen, daß man ihr zu einer Weltauffassung verhilft.* ***Es würde nämlich auch das gar nichts nützen, wenn man von einer Gesamtheit jedem einzelnen Brot verschaffen wollte. Nach einiger Zeit müßte sich dann doch die Sache so gestalten, daß viele wieder kein Brot haben.****"* [Hervorhebung E. B.]

An sich lassen diese Aussagen an Klarheit nichts vermissen. Um wieviel mehr muss die Steinersche Warnung für ein Land wie die Bundesrepublik mit 80 Mio. vollkommen unterschiedlichen und offensichtlich zum großen Teil nicht auf ein spirituelles Leben ausgerichteten Menschen gelten (zu meinen, das gemeinsame „Deutschsein" wäre eine ausreichende geistige Verbindung im Sinne Steiners, wäre ein verhängnisvoller Rückgriff auf das nationale Prinzip; dieses kann zur Gemeinschaftsbildung heute nicht mehr maßgebend sein, „wenn die Götter den Tempel verlassen ..."? – Warnend sagt er weiter: *"Die Erkenntnis dieser Grundsätze nimmt allerdings gewissen Leuten, die sich zu Volksbeglückern aufwerfen möchten, manche Illusion. Denn sie macht das Arbeiten am sozialen Wohle zu einer recht schwierigen Sache. Und noch dazu zu einer solchen, in der sich die Erfolge unter gewissen Verhältnissen nur aus ganz kleinen Teilerfolgen zusammensetzen lassen."*

Im weiteren wird dann ganz klar, dass nur aus Einzelwirkungen, aus dem Wirken kleiner Gemeinschaften eine bessere Gesellschaft langsam sich bilden kann: *"Wo immer dieses* [Soziale Haupt]*Gesetz in die Erscheinung tritt, wo immer jemand in seinem Sinne wirkt, soweit es ihm möglich ist auf dem Platze, auf den er in der Menschengemeinschaft gestellt ist: Da wird Gutes erzielt, und wenn es im einzelnen Falle auch in einem noch so geringen Maße der Fall ist.* ***Und nur aus Einzelwirkungen, welche auf solche Art zustande kommen, setzt sich ein heilsamer sozialer Gesamtfortschritt zusammen.****"*

Befeuert von einer geistigen Weltsicht wird ein jeder sich in eine konkrete Gemeinschaft finden: *"Es wird ihm das Gefühl davon aufgehen, daß er einen höheren Sinn erfüllt, wenn er im Sinne seines Platzes in der Welt und im Sinne seiner Fähigkeiten arbeitet. Kein schattenhafter Idealismus wird aus dieser Einsicht folgen, sondern ein mächtiger Impuls aller seiner Kräfte, und er wird dieses Handeln in solcher Richtung als etwas so Selbstverständliches ansehen, wie in einer anderen Beziehung Essen und Trinken. Und ferner wird er den Sinn erkennen, welcher mit der Menschengemeinschaft verbunden ist, welcher er angehört."*

Man kann spüren: Hier leuchtet schon keimhaft auf, was Steiner später dann die "Assoziationen" nennt, die das Wirtschaftsleben gestalten sollen: Konkrete Verbindungen von Menschen, aus denen dann auch die Einkommen fließen sollen.

Fragt man sich, wie denn dann "für das Ganze" etwas erreicht werden kann, sagt Steiner gleich im Anschluss: *"Er wird die Verhältnisse begreifen, in denen seine Menschengemeinschaft sich zu anderen stellt; und so werden sich die Einzelgeister dieser Gemeinschaften zusammenfügen zu einem geistig-zielvollen Bilde von der einheitlichen Mission des ganzen Menschengeschlechtes. ... In heutiger Zeit ist freilich bei den meisten Menschen wenig Neigung vorhanden, sich auf so etwas einzulassen. Aber es kann nicht ausbleiben, daß die richtige geisteswissenschaftliche Vorstellungsart immer weitere Kreise zieht. Und in dem Maße, als sie das tut, werden die Menschen das Richtige treffen, um den sozialen Fortschritt zu bewirken."*

Hier sieht man nun das grade Gegenteil von dem Konzept eines steuerfinanzierten Grundeinkommens. Greift dieses auf den rechtlichen Steuerstaat zurück und belässt die Wirtschaft in einem unverwandelten egoistischen Dazuverdienen, weist uns R. Steiner schon in seinem grundlegenden Aufsatz zum Thema auf die Richtung hin, die es anzustreben gilt: Ein jeder finde seine Gemeinschaft von Menschen, zu der er gehört, wirke mit seinen Brüdern und Schwestern zusammen im Sinne einer Überwindung des Egoismus. Mögliche Erweiterungen können dann nur entstehen, indem sich solche brüderlichen Gemeinschaften mit anderen verbinden.

Hier können wir nun auch zur Beantwortung der eingangs gestellten Frage kommen: Wie kann

man eine Trennung von Arbeit und Einkommen erreichen. Die Antwort liegt nun klar zutage: In eben solchen konkreten brüderlichen Gemeinschaften von Menschen. Wie genau und in welchen Prozessen und Formen, das kann nicht Gegenstand einer Reflexion an dieser Stelle sein, sondern muss sich ergeben wenn Menschen sich finden und mit diesen Prozessen beginnen. Und ohne Zweifel wird es verschiedene Wege und Lösungen geben, je nach den Menschen, die darin leben.

**II. Wie kann eine „Trennung von Arbeit und Einkommen“ im Sinne Steiners zu verstehen sein?**

Im Nachsinnen über die Ansichten der Grundeinkommens-Anhänger, deren Argumente mir von Anfang an tiefen Eindruck machen und die ich in keiner Weise leichtfertig übergehen will, wird mir klar, woher dieser Elan, diese etwas kühne Sicherheit kommt, mit der sie aus den Steinerschen Aussagen zu Einkommensfragen eine staatliche Regulierung eines „Grundeinkommens“ meinen ableiten zu können: Es ist die Annahme, Steiner meine eine Trennung von Arbeit und Einkommen als absolut, ohne jede Verbindung. Man muss zugeben: Wenn Steiner das so gemeint haben sollte – eine Trennung von Arbeit und Einkommen in einem ganz radikalen, ganz strengen Sinne – dann bliebe nur so etwas wie ein bedingungsloses Grundeinkommen als Umsetzung einer solchen radikalen Forderung.

Die unmittelbarste Verbindung von Arbeit und Einkommen haben wir beim Stundenlohn, erweitert kann man auch sagen beim Tagelohn oder Wochenlohn vorliegen. Hier wird exakt die gearbeitete Stunde bezahlt, kein Pfennig mehr oder weniger. Man muss hier bedenken, dass zu Steiners Zeiten diese Form der Arbeit noch weitaus üblich war, auch eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall steckte erst in den Anfängen. Vom Grundsatz her galt für die weit überwiegende Mehrheit der Menschen und besonders der Arbeiter damals: Stunde = Geld, mit all den Härten und Nöten, die damit verbunden waren.

Anders war es bei den damals noch wenigen Angestellten. Diese bekamen monatlich ein festes Gehalt, damit verbunden war eine Dienstpflicht, die bei Bedarf auch unbezahlte Überstunden usw. umfassen konnte. Noch weiter entkoppelt waren Arbeit und Geld dann schon bei den Beamten, deren Einkommen in weitestem Sinne gesichert war, solange sie sich nicht gravierender Verstöße schuldig machten und ihrem Dienst nachkamen.

Wenn man nun als so ein richtig prinzipienmäßiger Idealist an diese Dinge herangeht, kann man auch beim Beamten eine noch nicht 100%ige Trennung von Arbeit und Einkommen aufspießen: Auch der Beamte bekommt sein Geld nicht einfach so, es gibt verschiedene Bedingungen, also sagen dann diese Leute: Das ist keine radikale Trennung von Arbeit und Einkommen. Eine solche haben wir erst mit dem „bedingungslosen Grundeinkommen“ – nur dieses Einkommen gibt es einfach so, ohne jede Bedingung, und nur dann sei Steiners Forderung wirklich erfüllt.

Man kann nicht anders als einzuräumen: Unter der Voraussetzung einer radikalen Trennung in einem ganz strengen Sinne haben diese Leute in einem gewissen Sinne recht.[2] Was aber finden wir denn nun bei Steiner, um Anhaltspunkte zu gewinnen, wie er die Trennung von Arbeit und Einkommen gemeint haben kann? Wenn man eine solche grundlegende Frage beantworten möchte, wäre es an sich unabdingbar, wirklich eingehend, am besten chronologisch, Steiners Ausführungen zu sozialen Fragen aufzunehmen, was eine langwierige Forschung bedeuten muss. An sich stecke ich sozusagen noch inmitten solcher Lesearbeit, – die eben unbedingt darauf verzichten muss, eigene Gedanken in Steiners Ausführungen hineinzuschummeln[3] – und zögere daher, hier weiter zu schreiben. Wenn ich also hier nun ein wenig versuche, ist das nur als unvollkommener Anfang zu verstehen ohne Anspruch auf eine ausreichende Prüfung.

In dem im vorigen Beitrag interpretierten Aufsatz Steiners von 1906, „Geisteswissenschaft und soziale Frage“ entwickelt Steiner das Soziale Hauptgesetz und weist uns auf Gemeinschaften hin, die sich bilden werden und zu einem Arbeiten für den andern, den Mitmenschen, kommen werden. Die konkrete Gestaltung des Einkommens bleibt hier noch ganz im Vagen. Eine etwas genauere Sicht auf den Wortlaut des Sozialen Hauptgesetzes zeigt allerdings, dass es Steiner schon hier nicht um radikale Absolutheiten gegangen sein kann: „Das Heil einer Gemeinschaft von zusammenarbeitenden Menschen ist **umso** größer, **je weniger** der einzelne ...“ die Erträgnisse seiner Arbeit für sich einheimst,

sondern von den andern das was er bedarf erhalten wird. Hier kann man für Steiner eine typische Richtung erkennen: Nicht eine absolute Forderung wird aufgestellt, die mechanisch-radikal und sofort umzusetzen ist, sondern ein lebendiger Prozess wird angeregt, eine Richtung aufgezeigt, die es anzustreben gilt.

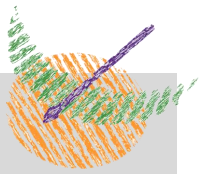
Damit erweist sich schon hier die „Trennung von Arbeit und Einkommen" als ein anzustrebendes Ideal – und wer die Philosophie der Freiheit verstanden hat, weiß, dass man genauso wie unter die Knechtschaft der Triebe und Leidenschaften auch unter die Knechtschaft der Idee geraten kann (nach Schiller unter die Knechtschaft des einseitigen Formtriebes), Idealisten können grade im Sozialen zu Tyrannen und Dogmatikern werden (der Idealismus ist urberechtigt im Geistesleben, im Politischen und Wirtschaftlichen muss er sich zurücknehmen, hier gelten Pragmatismus resp. Opportunismus als leitende Tugenden).

Dass auch Steiner seine Forderung nicht als radikales, „bedingungsloses" Dogma verstanden hat, zeigt sich schon wenige Jahre später in einem Vortrag mit demselben Titel wie die Aufsätze von 1905/06, den er in **Hamburg am 2. März 1908** gehalten hat. In diesem lesenswerten Vortrag wendet sich Steiner zunächst gegen die landläufige Ansicht, eine soziale Frage habe es immer schon gegeben und macht klar, dass deren drängende heutige Bedeutung im Grunde erst durch die Industrialisierung und die moderne Lohnarbeit gekommen sei. Durch die bedrükkenden Verhältnisse dieser Massen sei dann die Ansicht entstanden, man müsse nur diese Verhältnisse ändern, so dass ein jeder seine auskömmliche Existenz habe, dann „würde auch der moralische Zustand über die Erde schon von selber kommen".[4] Um diese aus einem einseitig diesseitigen Denken stammende Ansicht zu hinterfragen, wendet sich Steiner auch in diesem Vortrag dem Sozialreformer **Robert Owen** zu, der mit seiner Kolonie in Indiana 1827 eine bittere Enttäuschung erlebte und am Ende selber einräumen musste: „Was hilft alle Verbesserung der Zustände, wenn nicht vorher die allgemeine Sitte, das allgemeine Wissen gehoben wird?". Trotz dieser Einsicht eines echten Praktikers würden, so Steiner weiter, immer noch dieselben Theorien vorgebracht; immer noch sei es eine Grundüberzeugung, man müsse nur die äußeren Verhältnisse ändern und bei drohenden Schäden einfach Gesetze ändern; anstatt bei den einzelnen Menschen zu beginnen.

Wenn man das tue, komme man auf den Egoismus als eigentliche Ursache von Not, Elend und Leid; und hier kommt Steiner nun wiederum auf die grundlegende Bedeutung der Einkommensfrage: *„Man sagt: Es ist ganz natürlich, daß der Mensch für seine Arbeit entlohnt wird, daß der Mensch den Ertrag seiner Arbeit persönlich erhält – und doch ist das nichts anderes als die Umsetzung des Egoismus in das nationalökonomische Leben. Wir leben unter Egoismus sobald wir dem Prinzip leben: Wir müßten persönlich entlohnt werden, was ich arbeite, muß mir bezahlt werden."* In einem humorvollen Beispiel (sinnloses Steinewerfen auf einer Insel) macht Steiner dann klar, wie nutzlos für die Unterhaltung des Lebens manche Arbeit sein kann. Auch kann es sehr unsozial sein, Arbeit zu verursachen; wenn man z. B. viele sinnlose Ansichtskarten schreibt, setzt man vielleicht den Briefträger in Arbeit, im Grunde aber schaffe man damit nichts für das Leben wertvolles.

So kommt Steiner zu einer ähnlichen Formulierung wie schon 1906: *„In einem*[5] *sozialen Zusammenleben muß der Antrieb zur Arbeit niemals in der eigenen Persönlichkeit des Menschen liegen, sondern einzig und allein in der Hingabe für das Ganze."* Weiter heißt es, daß *„sozialer Fortschritt nur möglich ist, wenn ich dasjenige, was ich erarbeite, im Dienste der Gesamtheit tue, und wenn die Gesamtheit mir selbst dasjenige gibt, was ich nötig habe, wenn, mit andern Worten, das, was ich erarbeite, nicht für mich selber dient."*

Könnte man letzteren Satz auch so auffassen, als meine Steiner im Grunde nur eine möglichst weitgehende Arbeitsteilung, wird im folgenden (wie auch anderen Stellen) schon klar, dass er sich auch konkret auf das geldliche Einkommen bezieht: *„Von der Anerkennung dieses Satzes, daß einer das Erträgnis seiner Arbeit* ***nicht in Form einer persönlichen Entlohnung*** *haben will, hängt allein der soziale Fortschritt ab. Zu ganz anderen Zielen führt jemand eine Unternehmung, der da weiß, daß er nichts für sich haben soll von dem, was er erarbeitet, sondern daß er der sozialen Gemeinschaft Arbeit schuldet, und daß, umgekehrt, er nichts für sich beanspruchen soll, sondern seine Existenz einzig auf das beschränkt, was ihm die soziale Gemeinschaft schenkt."*



Im folgenden wendet sich Steiner der naheliegenden Frage zu, wie denn eine solche Trennung von Arbeit und Einkommen zu erreichen sein kann und bringt ein für unsere Fragestellung wegweisendes Beispiel: *„Nun könnte leicht jemand sagen: Wenn Du forderst, daß des Menschen Existenz unabhängig sein soll von seiner Leistung, dann ist das Ideal am schönsten erfüllt beim Beamten.* ***Der heutige Beamte ist unabhängig. Das Maß seiner Existenz ist nicht abhängig von dem Produkte, das er hervorbringt, sondern von dem, was man für seine Existenz für notwendig hält.****“*

Halten wir an dieser Stelle kurz inne. Auch Steiner sagt hier also (der folgende Text widerspricht dem nicht, sondern bestätigt das mit einem knappen „Gewiss“), dass beim Beamten eine Trennung von Arbeit und Einkommen gegeben sei. Das ist für unsere Ausgangsfrage von grundlegender Bedeutung, denn im Sinne der Grundeinkommensanhänger wäre das nicht so: Ein „bedingungsloses“ Einkommen haben nicht einmal unsere Beamten, die Dienstpflicht ist die Bedingung für ihr Einkommen, – dennoch lässt Steiner die Beamten als Beispiel für eine Trennung voll gelten, denn ihr Einkommen ist unabhängig von ihren „Erzeugnissen“ bzw. Produkten. Damit aber ist schon einmal der ganzen ideologischen absoluten „Bedingungslosigkeit“ der Grundeinkommensbewegung der Boden entzogen, auf Steiner berufen können sich diese, wenn sie nur irgend redlich sind, in diesem Punkt offensichtlich nicht.

Gleich im Anschluss bestätigt Steiner also, dass beim Beamten eine Trennung von Arbeit und Einkommen gegeben ist, sieht aber einen für unsere Fragestellung ganz grundlegenden Fehler bei einer solchen „Beamtenlösung“: *„– Gewiß, nur hat ein solcher Einwand wirklich einen sehr großen Fehler. Es kommt darauf an,* ***daß jeder einzelne in voller Freiheit*** *imstande ist, dieses Prinzip zu respektieren und in das Leben umzusetzen.* ***Nicht kommt es darauf an, daß dieses Prinzip durch allgemeine Gewalt durchgeführt wird.*** *Es muß sich dieses Prinzip, das persönlich Erworbene und zu Erwerbende unabhängig zu machen von dem, das man für die Gesamtheit arbeitet, bis ins einzelne Menschenleben durchsetzen. Und wie setzt man es durch? Es gibt nur eines, wie es sich durchsetzen kann, eines, was dem sogenannten Praktiker recht unpraktisch erscheinen wird: Es muß Gründe geben, warum der Mensch doch arbeitet, und zwar recht fleißig arbeitet und hingebungsvoll, wenn nicht mehr der Eigennutz der Antrieb zu seiner Arbeit ist.“* [Hervorhebungen E.B.]

Solche Antriebe zur Arbeit sieht Steiner in der Liebe, in der Liebe zur ganzen Menschheit, der er gern und willig seine Arbeit gebe. Eine solche Gesinnung aber könne nur über den einzelnen Menschen, nicht durch äußere Einrichtungen, erreicht werden: *„Wenn aber Menschen zusammenleben, leben nicht bloß tote Körper, sondern auch Seelen, Geister zusammen. Daher kann nur die Geisteswissenschaft die Grundlage für irgendeine soziale Weltanschauung sein. Und so sehen wir, daß in der Tat dasjenige, was die Vertiefung des Geistes uns bietet, für jeden von uns das bringen kann, was uns befähigt, von unserem geringen Posten aus innerhalb unserer Sphäre mitzuwirken an dem großen sozialen Fortschritt.* ***Denn dieser Fortschritt wird nicht durch eine abstrakte Maßregel erreicht werden, sondern ist eine Summe dessen, das die einzelne Seele macht.****“*

Hier macht Steiner also zum Ende seines Vortrages ganz im Geiste seiner Ausführungen von 1906 klar, dass große Lösungen über Gesetze oder radikale Änderungen der Verhältnisse nicht der Weg sein können, sondern dass nur aus den einzelnen Menschen der Fortschritt kommen kann. Wichtiger aber noch ist das im vorletzten Absatz von Steiner gesagte: In der für ihn als geschultem Denker oft so typischen Knappheit fertigt er die These einer beamtenähnlichen, gesetzlichen Lösung in einem Satz ab: Zwar sei hier schon eine echte Trennung von Arbeit und Einkommen gegeben, das gibt Steiner mit dem knappen „Gewiss“ zu – aber das könne keinesfalls eine Lösung sein, denn so eine Trennung dürfe nicht „durch allgemeine Gewalt“ durchgeführt werden. Damit kann nur die Finanzierung der Beamten aus Steuermitteln gemeint sein, zusammen mit dem rechtlich-gesetzlichen Charakter der beamtenartigen Umsetzung einer Trennung von Arbeit und Einkommen.

Genau so etwas will aber das „bedingungslose Grundeinkommen“ – es ist eine Umsetzung der Trennung von Arbeit und Einkommen „mit allgemeiner Gewalt“ – denn die immensen dafür notwendigen Steuereinnahmen lassen sich trotz noch so schöner Berechnungen und weitgehender Umstellung auf Umsatzsteuer am Ende nur

mittels üblicher Methoden – d.h. Zwangsmaßnahmen, Bußgelder, Steuerfahndung, Knast – eintreiben.

Steiner setzt dagegen: Jeder Einzelne müsse diese Trennung von Arbeit und Einkommen für sich einsehen und im Leben umsetzen können. Flüchtige Leser könnten hier meinen: „Ja, jeder Einzelne muss einfach nur einsehen, dass ein Grundeinkommen richtig ist, dann wird es gehen“; das ist aber nicht das was Steiner meint, denn dann würde er sagen: Die Zwangsmaßnahmen sind an sich richtig (Einkommen mittels Gesetz und Steuern), wir müssen sie den Menschen nur langsam erklären. Das aber sagt er grade nicht, sondern er wendet sich gegen jedweden Zwang in diesen Dingen und will alles auf das freie Individuum bauen, das sich in seine Gemeinschaft findet und dort aus brüderlichem Geben und Nehmen bauen kann.

Beim nochmaligen Lesen der bislang zitierten Texte von Steiner wird mir immer klarer, was im Grunde sein Impuls ist, wenn er von einer Trennung von Arbeit und Einkommen spricht: Das aus der Arbeit hervorgehende Leistungs-ERTRÄGNIS nicht für sich selber zu beanspruchen, denn das eben ist die Einführung des Egoismus in das soziale Leben (*„Von der Anerkennung dieses Satzes, daß einer **das Erträgnis** seiner Arbeit nicht in Form einer persönlichen Entlohnung haben will, hängt allein der soziale Fortschritt ab“, auch das Soziale Hauptgesetz von 1906 hat das zum Hauptinhalt, siehe Teil I dieses Aufsatzes*).

Dieses aus der Arbeit herrührende Leistungserträgnis ist durchaus wirtschaftlicher Natur, wir haben hier also zunächst eine rein INNER-WIRTSCHAFTLICHE Thematik: Heimse ich mein Leistungserträgnis für mich egoistisch selber ein, oder bin ich bereit, aus Einsicht, es der Gemeinschaft, in der ich stehe (das kann auch eine Betriebsgemeinschaft sein) zufließen zu lassen, um aus der Gemeinschaft dann das Einkommen zu erhalten, das ich brauche. Im Grunde ist ein solches Sozialisieren der aus der Arbeit gewonnenen Leistungserträgnisse heute schon in vielen Betrieben mehr oder weniger üblich: Gehälter werden meist nicht konkret an den Erträgnissen bemessen, sondern an verschiedenen anderen Faktoren, auch am Bedarf.

Im Grunde scheint es Steiner vor allem darum zu gehen, dass man eben seine Leistungserträgnisse sozialisiert und seinen Unterhalt aus der Gemeinschaft bekommt, in der man steht und wirkt und lebt. Das ist wie gesagt heute schon zumindest in Teilen vielfache Realität. Darüber hinaus ist aber auch das Verhältnis dieser innerwirtschaftlichen Sozialisation zum rechtlichen Gliede bedeutsam. Hier sind nun Steiners Ausführungen sehr eindeutig und zahlreich: Alles was mit Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen usw. zu tun hat, muss vom rechtlichen Staate geregelt werden. Auch in diesem Feld haben sich seit Steiners Zeit jedenfalls in Europa die Verhältnisse schon sehr zum Besseren entwickelt: 40-Stunden-Woche, Arbeitsschutz, Mutterschutz, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall uvm.

Eine abstrakte und radikale Abschneidung der Arbeitssphäre von der wirtschaftlichen Sphäre, wie sie dem Konzept eines bedingungslosen Grundeinkommens zugrunde liegt, kann allerdings nicht im Sinne einer Dreigliederung liegen. Wie in vielen anderen Feldern auch, bedingen und begrenzen sich die Glieder in einem lebendigen sozialen Organismus, so wie auch im menschlichen Organismus. Jedes Glied wirkt frei und eigenständig aus sich heraus, bedingt und begrenzt aber die andern Glieder dort, wo es notwendige Berührungsfelder gibt. Ein Recht auf ein Einkommen ohne jegliche Bedingungen wäre so, als wenn der Kopf beanspruchen würde, versorgt zu werden, selber aber „keinerlei Verpflichtungen“ eingehen, seine Nervenprozesse nicht den andern Gliedern zur Verfügung stellen, sich nicht in das Ganze einfügen wollte bzw. ein solches Einfügen ganz nach Gutdünken nur handhaben wollte. Es ist klar, dass ein Organismus mit solch abstraktem Gebaren sehr schnell zugrunde gehen würde.[6]

1 Rudolf Steiner, Geisteswissenschaft und soziale Frage (drei Aufsätze von 1905/06, zuerst erschienen in „Lucifer-Gnosis“), in GA 34.

2 Allerdings gäbe es auch in einem ganz strengen Sinne eine andere Lösung: ein bedingungsloses Einkommen (ich lasse die sicherlich nicht auf Steiner zurückgehende Trennung in ein „Grund-“ und ein weiteres Einkommen hier bewusst weg) kann man sich zum Beispiel auch in einer Gemeinschaft von Menschen, die z. B. in einem Betrieb zusammenarbeiten und wirken, zumessen und geben, unabhängig von der Arbeit, die einer leistet.

3 Hier könnte man mir unterstellen, bloß am Wortlaut Steiners kleben zu wollen, zu wenig „eigene“ Gedanken, wie sie „heute“ nunmal gefordert seien, zu entwickeln. Das ist allerdings nicht der Fall. Selbstverständlich bin ich sehr

dafür, Steiners Impulse und Anregungen auch weiterzubilden und in heutiger Zeit mit den heute drängenden Themen sich intensiv zu befassen und nach pragmatischen konkreten Wegen zu suchen. Die meisten Grundeinkommensanhänger, die sich zugleich auf Steiner berufen, gehen aber in einer fragwürdigen Weise vor: Sie benutzen hier einen Absatz, dort eine Aussage, um dann meist sehr schnell von Steiner zu abstrahieren und eigene Spekulationen oder Thesen darauf zu errichten, benutzen dabei dann aber Steiners Autorität. Man muss sich entscheiden: Natürlich kann man ganz ohne sich auf Steiner zu berufen ein Grundeinkommen entwickeln. Das wäre wenigstens redlich. WENN man sich auf Steiner berufen möchte, dann ist es m.E. aber unredlich, in der beschriebenen Art und Weise Steiners Texte als Steinbruch zu benutzen, nur um im Grunde ganz andere Theorien mit der Steinerschen Autorität zu verbinden. Richtig kann dann m.E. allein sein, wirklich ganz dienend und gewissenhaft (und das geht am besten in einer absichtlich „primitiven" chronologischen und textgebundenen Methode, wie es sich mir in meiner Praxis als Historiker bewährt hat) Steiners Ausführungen zu erarbeiten. Aus solchem intimen Nachbilden dessen, was Steiner wirklich gemeint hat, können sich dann auch Keime bilden, die seine Anregungen weiterführen.

4 Rudolf Steiner, Hamburg 2.3.1908 (Geisteswissenschaft und soziale Frage), in GA 54.

5 Man beachte den Wortlaut: „In einem sozialen Zusammenleben ..." – auch das ein klarer Hinweis auf konkrete menschliche Gemeinschaften, nicht auf „den gesamten Staat" oder ähnliches. Das am Ende genannte „Ganze" darf also auf keinen Fall aus diesem Kontext gelöst werden, – es bezieht sich auf eine konkrete Gemeinschaft von Menschen, nicht auf „den Staat".

6 Wer hier meint, in diesem Bilde wäre eine Unfreiheit verborgen, täuscht sich. Selbstverständlich hat man immer das Recht zu sagen: Ich will nicht. Aber die anderen sind dann ebenfalls so frei, das zu sagen. Worum es geht ist, einzusehen, dass Ansprüche immer Bedingungen haben, und dass darin kein Widerspruch zur Dreigliederung liegen kann. – Welche Bedingungen die wirtschaftlichen Verbindungen für die Gewährung von Einkommen stellen können, kann ganz unterschiedlicher Natur sein. Bei mündigen Erwachsenen ist es eine Tätigkeit für andere, das kann praktische Arbeit sein, es kann aber auch Unterrricht oder Kunst sein. Natürlich wäre künstlerisches Schaffen nicht in „Stundenleistung" überprüfbar; hier werden geeignete Gremien künftig aus der Natur der Sache ganz natürlich beurteilen können, wen man von Arbeit freistellt, damit seine freie Kreativität allen zugute kommen kann. – Kinder, Kranke und Alte haben natürlich Anspruch auf Versorgung ohne unmittelbare „Gegenleistung". – Letzlich zeigt sich im starken Trieb zum Grundeinkommen eine Sehnsucht nach einem Kindsein, verständlich angesichts des gegenwärtigen Hamsterrades, in dem sich die meisten im Kampf um Geld und Zeit befinden. Ein solcher Eskapismus mag persönlich immer berechtigt sein, kann und darf aber nicht zu einer Konzeption für ganze Gesellschaften dienen, die durch seine Verwirklichung der wirtschaftlichen Zerrüttung anheimfallen würden.

7 https://www.dreigliederung.de/essays/2024-10-johann-eike-benesch-das-bedingungslose-grundeinkommen-an-den-quellen-geprueft

* * *

## Vor hundert Jahren

***Blütenstaub aus Steiners Werk***

***Germar Wetzler**, Oktober 2024*

Nach seinem letzten Vortrag über „Michael" am 28. September 1924 war Rudolf Steiner schwächebedingt dauerhaft ans Krankenlager gebunden. Dass er aber alles andere als untätig war, beweisen die vielen verblüffenden Augenzeugenberichte. So arbeitete er auch unverdrossen an seinen Leitsätzen weiter, deren Niederschrift ihn das ganze letzte Lebensjahr begleitete.

Im Oktober des Jahres 1924 führt er die Gedanken des neuen Michaelimpulses weiter aus; wir dürfen sie wie eine wertvolle Ergänzung des letzten kurzen Vortrages betrachten. Darin macht Steiner deutlich, dass der Mensch die letzten fünf Jahrhunderte fortschreitender materieller Offenbarungen als wichtige Entwicklungsetappe sehen müsse, die in das Buch der Menschheit mit großen Lettern eingeschrieben steht. In einer ersten Bewusstseins-Etappe erlebte der Mensch die Gedanken im Ich noch als beseelte Wesenheiten. In einer zweiten Phase würden die Gedanken dem Menschen nur noch als belebte Abbilder der Geistwesen im Astralleib erscheinen. In einer dritten Etappe schließlich erlebt der Mensch nur noch im Ätherleibe die Gedanken, gleichsam wie ein Abbild von Seelenhaftem, und in der vierten, der jetzigen, erlebt der Mensch die Gedanken nur noch wie tote Schatten im physischen Körper. Doch hier liegt auch das große Geheimnis, denn im gleichen Maße, wie die Lebendigkeit des Denkens abgeschattet wird, lebt der Mensch stärker in seinem Eigenwillen auf und kann in Freiheit entscheiden. Der wichtige Cicerone der Menschheit auf diesem Weg zurück vom Sinnlichen zum Übersinnlichen, zur Lebendigkeit des Denkens, ist kein anderer als Michael.

Der Mensch steht damit heute vor seinem Scheideweg: entweder sich in freier Geistgesinnung dem Christus zu zu wenden, jetzt in bewusster Weise, oder aber dem Geist absagen und damit Ahriman die Pforten in seinem Innern öffnen.

Zwar wussten schon die alten Perser von Angra-Manyush-Ahriman, doch blieb damals sein Wirken noch auf die den Menschen umgrenzende Welt beschränkt. Das volle Eingreifen ins Innerste des Menschen hat eben erst im 15. Jahrhun-

dert angefangen, als der Mensch anfing, die Bewusstseinsseele zu entwickeln.

*„Aber dieses Zeitalter* [der Perser, A.d.V.], *in dem der Mensch unbewusst in der gefährlichen Ahriman-Sphäre sein Dasein entfalten darf, ist vorüber.*

*Der Erforscher der geistigen Welt* ***muss*** *heute die Menschheit auf die geistige Tatsache aufmerksam machen, dass Michael die geistige Tatsache der Menschheitsangelegenheiten übernommen hat. Michael vollbringt, was er zu vollbringen hat, so, dass er die Menschen nicht dadurch beeinflusst; aber* ***sie*** *können in Freiheit* ***ihm*** *folgen, um mit der Christus-Kraft den Weg aus der Ahriman-Sphäre wieder herauszufinden, in die sie notwendig kommen mussten.*

*Wer ehrlich, aus dem tiefsten Wesen seiner Seele, sich mit Anthroposophie eins fühlen kann, der ist ein rechter Versteher dieses Michael-Phänomens. Und Anthroposophie möchte die Botschaft von dieser Michael-Mission sein.*

*Goetheanum, 10. Oktober 1924.“*

(Rudolf Steiner, Anthroposophische Leitsätze, GA 26)

* * *

## Veranstaltungshinweis

Dreigliederungstagung Frankfurt

**Die soziale Dreigliederung und der innere Aspekt des sozialen Rätsels**

mit Stephan Eisenhut, Ariane Eisenhut und Judith Oberndörfer (Eurythmie)

Die Zukunft der Erde als „Bauprojekt“. Rudolf Steiner spricht im Hinblick auf soziale Reformen von der Aufgabe, den „verlorengegangen Tempel“ wiederzuerrichten. Wie ist das zu verstehen und wie können wir anfangen, dieser Aufgabe gerecht zu werden?

Fr. **13.12.** 20:00 Uhr bis Sa. **14.12.** 17:30 Uhr

Rudolf Steiner Haus
Hügelstraße 67, 60433 Frankfurt am Main

Infos unter https://www.dndunlop-institut.de/soziale-dreigliederung-frankfurt/

Anmeldung erforderlich unter
Stephan.Eisenhut@dndunlop-institut.de

* * *

## Der Meinungskorridor wird enger …

***Istvan Stephan Hunter**, April 2024*

Was Walter Lippmann schon 1922 in seinem Werk «Public Opinion» beobachtet hat, gilt nach wie vor: Staatliches Handeln ist auch von der öffentlichen Meinung abhängig. Dies zwingt die Politiker dazu, komplexe politische Sachverhalte in verständlicher Form breit zu streuen. Der Staat muss die öffentliche Meinung lenken. Nur so ist es ihm möglich, für seine Entscheide das notwendige Mass an Zustimmung aus der Bevölkerung zu erhalten. Ein Mittel dies zu tun, ist auch die Lenkung des Bewusstseins der Menschen auf wahlweise Sündenböcke oder Opfer der herrschenden Migrationspolitik.

Dazu ist der Staat – will er seine Meinung nicht mit Terror durchsetzen – auf die Zusammenarbeit mit den Medien angewiesen. Sie dienen als Träger der vereinfachten Botschaften. Gleichzeitig können sie den Politikern mit kritischen Inhalten viele Steine in den Weg legen. Das Funktionieren des Systems Politik hängt in einer Demokratie unmittelbar von der Beziehung zwischen Medien und Staat ab. Deshalb scheut der Staat nicht nur nicht davor zurück, mittels Lizenzen und Gebühren auf die Medienlandschaft einzuwirken. Er nimmt durch komplexe und undurchsichtige Verstrickungen auf vielen Ebenen Einfluss auf die ideologischen Leitlinien der Medien.

Die Medien ihrerseits können es darum mit ihrer Kritik nicht allzu weit treiben. Sie sind für ihr Überleben auf das bestehende System angewiesen. Nicht nur finanziell, sondern vor allem auch ideologisch und strategisch. Wenn sich die öffentliche Meinung nicht mehr mit dem Staatshandeln in Einklang bringen lässt, drehen die Menschen dem System den Rücken zu. Dadurch würden jedoch die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Frage gestellt und eine zunehmende Verunsicherung der Bürger wäre die Folge, was niemand will. Das System gegenseitiger Abhängigkeiten ist komplex und lässt sich nicht auf Schlagworte wie Zensur reduzieren. Sehr umfassend beschrieben hat es Noam Chomsky in seinem berühmten Werk «Manufacturing Consent» aus dem Jahre 1988. Durch die zunehmende Amerikanisierung aller Lebensver-

hältnisse wird sich dieses Modell auch bei uns zunehmend bestätigen lassen.

Das Phänomen Corona hat die Symbiose zwischen Staat und Medien sehr deutlich gezeigt. Dank der behördlichen Propaganda und der kaum geäusserten journalistischen Kritik trug die Öffentlichkeit die behördlichen Massnahmen mit. Und dies, obwohl die Menschen in ihrer Freiheit und in ihrer Gesundheit massiv eingeschränkt worden waren. Es zeigte sich, dass die Abhängigkeit zwischen Staat und Medien derart fest etabliert ist, dass bei entscheidenden Themen nur noch eine mit den ideologischen Leitlinien vereinbare Haltung zugelassen wird.

Die gegenseitige Abhängigkeit zwischen Medien und Staat ist jedoch zwingend, solange der Staat als Einheitsstaat funktioniert und das Wirtschafts- und Geistesleben bestimmt und finanziert. In diesen beiden Bereichen muss der Staat seine Eingriffe legitimieren. Damit ist Propaganda für ihn unerlässlich.

Die Aufgabe der Medien liegt darin, innerhalb der erlaubten öffentlichen Meinung ein Pro und Contra zuzulassen. Damit vermittelt das System dem Bürger die Illusion einer «demokratischen» Wahl. Diese bezieht sich jedoch in Wirklichkeit nur auf einen bestimmten Meinungskorridor. Die Medien dienen dazu, diesen zu definieren und die Leitlinien abzustecken. Sie gelten damit zurecht als «systemrelevant».

*Nur wenn der Staat sich aus Wirtschafts- und Geistesleben zurückziehen würde, könnte er seine Propaganda-Tätigkeit einstellen. Den Weg dazu weist die «Dreigliederung des sozialen Organismus». Die soziale Dreigliederung ist ein von Rudolf Steiner entworfenes, in den Jahren 1917–1922 skizzenhaft ausgearbeitetes Leitbild für eine moderne gesellschaftliche Ordnung. Sie beschreibt die Grundstruktur einer Gesellschaft, in der die Koordination der gesamtgesellschaftlichen Prozesse nicht zentral durch den Staat oder eine Führungselite erfolgt, sondern in der sich drei Bereiche des sozialen Lebens abbilden. Diese lassen sich unterscheiden als: Geistesleben, Rechtsleben und Wirtschaftsleben. Sie lassen sich in Bezug aufeinander autonom den eigenen Funktionen zuordnen. Dies nannte Steiner eine Organische Gliederung, im Unterschied zu vielen modernen, technokratisch angestrebten Gesellschaftsmodellen.*

*Da der Staat in diesem Leitbild seinen Einfluss auf das Geistesleben (das heisst u.a. Bildung und Medien) nicht ausüben kann, und die Wirtschaft ebenfalls unabhängig vom Staat wird, hört die Möglichkeit einer Vereinnahmung dieser Bereiche auf.*

**Propaganda und das Problem der Migration**

Beobachten lässt sich die Propagandamaschinerie des Staates auch am Beispiel der Migration. Das Migrationsproblem, wie es vielfach genannt wird, ist in vielerlei Hinsicht ein Lieblingsthema der Politik. Tatsächlich möchte weder das linke noch das rechte Spektrum auf die Ausschlachtung dieser Thematik verzichten. Das hängt jedoch nicht primär damit zusammen, dass sie ein bestimmtes Problem lösen möchte, sondern damit, dass sich Migranten ebenso gut als Opfer wie als Sündenböcke eignen.

Ein wesentlicher Teil des politischen Geschäfts ist Ablenkung, oder die Adressierung von Problemen, die durch eine politische Herangehensweise nicht zu lösen sind. Das Thema Migration eignet sich, ähnlich wie Klimaschutz, deshalb so gut für diese Strategie, weil hier genauso wenig die Möglichkeit besteht es zu lösen, bzw. der Willen es lösen zu wollen.

Während ein Politiker das Migrationsthema emotional ausschlachten kann, darf er davon ausgehen, dass er kaum je an seinem Handeln gemessen wird. Ob er sich nun für eine härtere Gangart gegenüber Ausländern einsetzt, oder eine schrankenlose Willkommenskultur empfiehlt, wer sollte ihn am eigenen Erfolg messen?

Daher ist in Wirklichkeit weder die rechte noch die linke Seite der Politik an einer Lösung des Problems interessiert. Jedoch gelingt es beiden Seiten, an diesem Thema gewisse Stereotypen auszubilden, was ihnen zwecks Wahlkampf und eigener Profilierung nützlich ist. Die Aufmerksamkeit der Bevölkerung kann auf «die Fremden, oder das Fremde» gelenkt werden, die dahinterliegenden Fragen entziehen sich ohnehin den meisten Menschen.

Während die rechte Seite sich durch eine härtere Gangart und konsequente Ausschaffung von «Scheinmigranten» zu profilieren versucht, ruft die linke Seite unreflektiert nach selbstloser Solidarität. Das zeigt jedoch nur, dass keine Seite an einer wirklichen Lösung der Probleme interessiert ist.

Während die linke Seite eine wachsende Solidaritätsindustrie aufbaut, ergeht sich die rechte Seite in der fortwährenden Diskreditierung der Ausländer. Beiden kommt die Randgruppe wie gerufen. Folglich zementiert diese Herangehensweise jedoch das Problem.

Wesentlich ist zu verstehen, dass die Politik aus sich selbst heraus kein Interesse an der Lösung der Migrationsfrage hat. Zu nützlich sind die Migranten für die Profilierung der eigenen Politik. Im Weiteren gilt es nachzuvollziehen, wie die Politik die Probleme fortwährend selbst erzeugt, die sie vorgibt lösen zu wollen. Es ist wichtig zu beobachten, wie die westliche Welt sowohl Migrationsursachen wie Integrationsprobleme selbst erzeugt.

Würde der Staat im Sinne der Dreigliederung darauf verzichten Wirtschaftskriege zu führen, könnte er auch anfangen die Ursachen von Wirtschaftsmigration zu bekämpfen. Damit wäre es auch eher möglich mit der dann entstehenden Migration und mit den sich daraus ergebenden Problemen fertigzuwerden. Auf eine einseitige Opfer-Täter-Wahrnehmung in Bezug auf Flüchtige ist aber auf jeden Fall zu verzichten. Die Frage lautet auch hier nicht, «Sind die Migranten Täter oder Opfer?», sondern vielmehr; «Wer schafft Migration und profitiert davon»? – Qui bono?

* * *

## Lese-Vorschlag

**Macht der Geometrie**
**Ohnmacht der Oligarchie**

Es ist in der Weltanschauung wie in der Mathematik – wer mit einem kleinen Denkfehler beginnt und sich nicht korrigiert, bleibt am Ende mit einem gewaltigen Fehlschluss zurück. Deshalb mussten auch schon die Anhänger Platons geometrizieren, bevor sie in umfassenderem Sinne seine Schüler wurden, denn in der Geometrie korrigieren wir unser Denken bereits im Denken selbst.

Ein Aufruf zu einem neuen Denken, in dem das Äussere abnimmt, das Innere aber zunimmt.

https://juels.kernpunkte.com/p/macht-der-geometrie-ohnmacht-der

* * *

## Demokratie und Stereotypie

*Dieser Artikel ist ähnlich erschienen in der Ausgabe* 14. Jahrgang, Nr. 19 | 22. September 2024 *der Zeitschrift* **Ein Nachrichtenblatt** *(https://einnachrichtenblatt.org/).*

***Istvan Stephan Hunter**, September 2024*

Der Einheitsstaat, wie ihn Rudolf Steiner nennt, muss mit Vereinfachungen und Stereotypien arbeiten, um die Mehrheit der Bevölkerung davon zu überzeugen, dass er legitim und zum Wohle der Mehrheit der Bevölkerung arbeitet. In der Schweiz, als dem urdemokratischen Land par excellence, wurde diese Illusion in vielerlei Hinsicht perfektioniert.

Ich möchte im Folgenden darauf eingehen, weshalb der Staat, wenn er seinen Einfluss auf die Bevölkerung nicht verlieren will, mit diesen Techniken arbeiten muss. Der demokratische Einheitsstaat kann seine Legitimation nur aufrechterhalten, indem er glaubhaft machen kann, im Interesse der Mehrheit zu handeln. Da diese sogenannte Mehrheit nie permanent durch den Staat repräsentiert wird, kann der Staat dieses Versprechen in Wirklichkeit nicht einlösen. Nichtsdestotrotz versprechen Verfassungen der Mehrheit der Bevölkerung zugute zu kommen. Wie tun sie das?

### Die Funktion von Verfassungen

Die Verfassung eines Staates, sei es diejenige der Schweiz oder jedes anderen Staates, hat zwei Funktionen. Erstens – und das zeigt sich auch historisch – hat sie die Aufgabe, einheitsstaatliche Gesellschaftsstrukturen zu befestigen und im Interesse bestimmender Kreise aufrechtzuerhalten. Die Verfassung soll der Bevölkerung ihre Rechte im Interesse des Gesamtkomplexes zusprechen, die Bevölkerung soll durch diese Rechte aber auch im Interesse des Staates verfügbar bleiben. Auch wenn die Menschenrechte im Zuge der Aufklärung als Abwehrrechte gegenüber dem Staat entstanden sind,[1] sind es Rechte, die genauso im Interesse des herrschenden Systems gesehen werden können wie in dem der Bevölkerung.

Als die Schweiz 1848 über ihre erste bundesweite Verfassung abstimmen konnte, wurden einige Kantone bei besagter Abstimmung übervorteilt und andere dazu gezwungen, sich der Eidgenossenschaft anzuschließen, obwohl sie die Verfassung demokratisch abgelehnt hatten. Dies war nach damaligem Recht ein Verfassungsbruch.[2]

Daran sieht man schon, dass auch in der Schweiz der Einheitsstaat nicht vollständig demokratisch entstehen konnte.

Verfassungen haben – siehe das historische Beispiel – einen stark inaugurierenden Charakter. Sie sollen dem Handeln und der Einflussnahme des Staates eine Legitimation verleihen. Da das demokratische System auf eine Bevölkerung angewiesen ist, die wirtschaftliche, gesellschaftspolitische und kulturelle Strukturen mitträgt, kann der Staat jedoch weder auf seinen Einfluss auf die Bevölkerung verzichten, noch kann er die Rechte der Bevölkerung in jedem Fall bedingungslos gewährleisten. Es sind daher in der Bundesverfassung auch Ausnahmen vorgesehen, die den Regierenden ermöglichen, Grundrechte einzuschränken oder anders zu definieren; zum Beispiel mittels Not- und Kriegsrecht. Regierende fühlen sich entsprechend oft wenig auf die Verfassung verpflichtet. Daher die ständige Klage darüber, dass das Handeln von Regierungen grundrechtswidrig sei.

Politiker haben jedoch in vielen Fällen gar nicht die Möglichkeit, sich vollständig nach der Verfassung zu richten. Sie handeln oft im Interesse derjenigen Lobbys, die sie gewählt haben, aber auch der Bundesverwaltung, welche die Rahmenbedingungen für ihr politisches Handeln setzt. Die Verfassung ist für den Politiker, wie jedes Gesetz, ein Abstraktum, das nie Antworten für jeden konkreten Fall gibt und darüber hinaus interpretierbar bleibt. Aus demselben Grund sind Volksinitiativen, die die Verfassung abändern wollen, nicht selten unzulänglich oder bleiben Papiertiger.

Demgegenüber legt die Verfassung viele Dinge fest, die im Sinne der Dreigliederung des sozialen Organismus durch den Staat gar nicht festgelegt werden *können und sollen*. So hält Art. 62, Abs. 2 der Schweizer Bundesverfassung fest, der Grundschulunterricht müsse „unter staatlicher Leitung oder Aufsicht“ stehen. Diese Bestimmung wäre, wie viele andere, die die Verfassung in Bezug auf das Geistesleben macht, aufzuheben.

Eine solche Bestimmung mag im 19. Jahrhundert sinnvoll gewesen sein, wo es darum ging, den Schulunterricht der kirchlichen Hierarchie in den Kantonen zu entreißen und ihn bedingungslos jedem Kind zur Verfügung zu stellen. Im 21. Jahrhundert jedoch, wo der Staat seinen Einfluss im Schul- und Hochschulbereich zunehmend unheilvoll geltend macht, ist diese aufzuheben. Wir leben in einer Zeit, in der die Bevölkerung ihr Geistesleben vollständig selbst und frei verantworten muss, wenn sich mündige Bürger geistig entwickeln sollen. Der Staat sorgt hingegen für Konformität im Schulsystem, übt in vielschichtiger Weise Zwang aus und sorgt im Ganzen für eine Nivellierung geistiger Fähigkeiten, statt dem Individualismus des Kindes Rechnung zu tragen. So wurde das Notensystem trotz eindeutiger Studienlage und vielfach bewiesener Nachteiligkeit für den Schulunterricht, beispielsweise im Kanton Zürich, immer noch nicht abgeschafft. Der Wunsch, die Kinder über das System Schule für den Staat zu disziplinieren und zu tüchtigen Staatsbürgern zu machen, verhindert, dass die Entfaltung der Kinder in den Vordergrund gestellt werden kann. Selbst Eltern sind häufig, auch wenn sie die Entfaltung ihrer Kinder wünschen, mehr daran interessiert, diese zu systemkonformen Bürgern zu machen, als daran, dass sie die Welt verändern.

Es ist wichtig zu verstehen, dass der Einheitsstaat diese Nivellierung braucht, wenn er im Interesse derjenigen Lobbys, die ihn bestimmen, handelt. Keine der etablierten Parteien in der Schweiz ist an einem freien Schulsystem, an Bildungsgutscheinen oder freier Bildungswahl interessiert. Die Parteien wissen, dass sie im Interesse derjenigen Machtstrukturen, die sie bestimmen, keine freie Schulwahl zulassen können. Denn würden sich die Kinder wirklich in einem freien Bildungssystem entfalten, könnte es sehr schnell geschehen, dass etablierte Politik-, Macht- und Staatsstrukturen hinweggefegt würden. Der Einheitsstaat muss deshalb im Interesse der Gesellschaftspolitik, die er betreibt, das Bildungssystem so beibehalten, wie es ist.

So zeigt sich, wie Verfassungen immer auch im Dienst der Erhaltung gegebener Machtstrukturen geschrieben sind und nie ausschließlich im Interesse der Bevölkerung.

Für das ständige Insistieren auf die Verfassung aus der Bürgerrechtsbewegung haben viele Parlamentarier entsprechend nur ein müdes Lächeln übrig.

### Der Sinn von Stereotypen

Von Walter Lippmann stammt das schöne Wort Stereotyp.[3] Er machte schon in den 1920er Jahren geltend, dass Bevölkerungen, wenn sie demokratisch regiert werden sollen, dies durch Stereotypen werden müssten. Als Begründung erklärte er, es sei völlig illusorisch, anzunehmen, dass ein durchschnittlicher Staatsbürger durch eine halbstündige Zeitungslektüre in der Lage wäre, komplexe poli-

tische, gesellschaftliche Zusammenhänge zu verstehen. Wenn selbst Experten darüber uneinig waren, was die richtige Kriegs-, Handels- oder Gesellschaftspolitik für die USA wären, war es folglich unvorstellbar, dass einzelne Bürger über diese Zusammenhänge zu einem Urteil kämen. Den Bürgern musste folglich erklärt werden, was in ihrem Interesse war und den Zeitungen musste diktiert werden, was im Interesse der Bürger, der Politiker und damit im Interesse ihrer selbst ist. Um diese Zusammenhänge auf den Punkt zu bringen, prägte Lippmann den Begriff Stereotyp. Stereotypen sind Schlagworte, unter denen man komplexe Sachverhalte so zusammenfassen und vereinfachen kann, dass sie populär und verständlich werden. So manipulativ und autoritär Lippmanns Worte auch klingen, in Bezug auf den Einheitsstaat hat er Recht behalten. Der Einheitsstaat muss komplexe Zusammenhänge so vereinfachen, dass der durchschnittliche Bürger sie versteht. Er muss sie popularisieren, will er klar machen, weshalb der Bürger mit der Staats- und Regierungspolitik einverstanden sein soll. Dies ist eine wesentliche Aufgabe von Parlament und Regierung. Der Politiker kann in vielen Fällen sein politisches Handeln nicht in allen Einzelheiten erklären, noch will er preisgeben, im Interesse welcher Gruppierungen er wirklich handelt. Folglich muss er Stereotypen schaffen, um gewählt zu werden. Auch dies ist eine Folge des einheitsstaatlichen Systems, in dem wir leben. So sehen sich Politiker durch das System, das sie geschaffen haben, zu Unaufrichtigkeit, Übertreibung, Kaschierung und Übervorteilung gezwungen, wenn sie Einfluss erhalten wollen.

Demgegenüber erwartet der durchschnittliche Wähler, dass Politiker aufrichtig, loyal, transparent, geradlinig und charakterstark sind. Das politische System des Einheitsstaats befördert jedoch das genaue Gegenteil. Der gewählte Politiker muss im Interesse seiner Wählerschaft, bei der die ihn finanzierende Lobby selbstverständlich das größere Gewicht hat, glaubhaft machen, dass er im Interesse der Bevölkerung handelt.

Dazu kann er zum Beispiel den politischen Gegner des anderen Meinungs-Spektrums anprangern. Er konstruiert dazu – vor allem in der Wahlphase – bestimmte Stereotypen, mit denen er sich gleichzeitig vom politischen Gegner abgrenzen und selbst profilieren kann. Diese Stereotypen kann man folgendermaßen ins klassische, mittlerweile obsolet gewordene, Rechts-Links-Schema einordnen:

| **Rechts** | **Links** |
|---|---|
| Liberal | Staatlich gelenkt |
| Kapitalistisch | Kommunistisch |
| Bürgerlich | Links alternativ |
| Konservativ | Progressiv |
| Alt | Jung |
| Weisse, traditionsbewusste Patriarchate | Multikulturelle, Innovative, Genderkritische, Anarchisten |

Erfahrene Politiker wissen selbstverständlich, dass dieses Schema keine Realitäten beschreibt. Sie halten dennoch, zusammen mit der etablierten Politikwissenschaft, an diesen Schemata fest. Wieso? Weil es sich als Ablenkungs- und Profilierungsinstrument als so ungeheuer nützlich erwiesen hat, dass es sowohl medial als auch gesellschaftspolitisch gute Dienste leistet. Auf diese Art lässt sich die Bevölkerung in verschiedene Gruppierungen spalten, die etablierten Parteien können ihre Wählerschichten bei der Stange halten und die Politiker können sich im Debattierclub voneinander abgrenzen. Dass sie hinter den Kulissen, wenn es um Themen von wirklich fundamentaler Bedeutung geht, gemeinsame Sache machen, nennt man offiziell Sachpolitik – oder Konkordanzpolitik in der Schweiz. Damit will man schlicht zum Ausdruck bringen, dass es Dinge gibt, die eben für die Machtpolitik des Einheitsstaates von übergeordneter Bedeutung sind. Hier schweigen die politischen Rivalitäten und SPD- und SVP-Politiker (der SVP entspräche in Deutschland etwa die AFD) können ganz ungezwungen miteinander ins Bett gehen. Sehr aufschlussreich für diese Beziehung ist auch das Bild, das das Schweizer Parlament, weltweit einmalig, in der Coronazeit, abgegeben hat. Während eine demokratische Kontrolle und Begleitung der Regierung in ihrem Notrechtshandeln so wichtig wie nie zuvor gewesen wäre, verabschiedeten sich die Parlamentarier (Abgeordneten) ins selbst verordnete sichere Homeoffice. Es gibt eben Themen, die über alle politischen Grenzen hinweg für Übereinstimmung sorgen. So kursierte damals der Witz: Alle Parteien sind zufrieden. Für die SVP wurden die Grenzen dicht gemacht. Die SPD kann an Coronageschädigte umverteilen, die Wirtschaft wird für die FDP mit Milliarden gestützt, und schließlich mussten ja alle zuhause bleiben, was die CVP freut, da dann die Familien vereint waren.

Wichtig zu verstehen ist: Der Einheitsstaat muss sein Handeln legitimieren. Will er es jedoch verständlich machen, ist er ebenso wie die Parteien,

auf Stereotypen und auf die Medien angewiesen. Die Medien stehen daher ebenfalls im Dienst des Einheitsstaates. Das nennt man in der Schweiz „Service pubilic“.[4] Wer das ändern will, der muss die Medien dem Zugriff des Einheitsstaats entziehen. Folglich müssen Medien in Zukunft unabhängig von Staats- und Wirtschaftsmacht betrieben werden. Wird der Staat aber in der gegebenen Struktur beibehalten, ist er darauf angewiesen, seinen Einfluss auf die Medien auszuüben und ebenfalls auf die Bildung.

Die erste, unerlässliche Bedingung für eine wirkliche Weiterentwicklung und Emanzipation der Bevölkerung in Richtung Freiheit und Unabhängigkeit von Staat und staatlich wirksamen Lobbys ist daher die Trennung von Bildungssystem, Medienkomplex und Staat. Dies war Rudolf Steiner 1919 klar, als er zur Gliederung in die drei Bereiche des Geisteslebens, Rechtslebens und Wirtschaftslebens aufgerufen hat. Und dies war Walter Lippmann klar, als er 1922 die Bedingungen definierte, unter denen der Einheitsstaat zu bestehen haben wird. Es sollte uns heute wieder klar werden, wenn wir eine demokratischere und autonomere Gesellschaft anstreben.

Quellen

1 „Freiheit und Gleichheit sind nicht staatlich zugeteilte Rechte, sondern Verfasstheiten der Menschen, die aus der historischen Entwicklung hervorgegangen und errungen worden sind. Sie sind seine natürlichen Rechte, gehen jeder menschlichen Einrichtung, wie eben dem Staat, voraus. Dieser findet sie nur vor, muss sie voraussetzen und mit diesem Faktum von vorneherein rechnen.“ Herbert Ludwig, https://www.manova.news/artikel/die-vertikale-der-macht

2 Die Eidgenössische Tagsatzung erklärte unter Missachtung der Revisionsregeln im geltenden Bundesvertrag (der für Vertragsänderungen, wie bei einem Staatenbund üblich, Einstimmigkeit erforderte oder zumindest Geltung der geänderten Regelungen nur für die zustimmenden Stände) die Schweizer Bundesverfassung am 12. September 1848 als angenommen. Der Verfassungshistoriker Alfred Kölz betrachtet dieses Vorgehen als „formell unrechtmäßig und mithin revolutionär“.

3 „In den Sozialwissenschaften lässt sich der Begriff auf den Journalisten Walter Lippmann zurückführen. 1922 wurde der Begriff von Lippmann in seinem Buch „Public Opinion“ verwendet, um die Vorstellungsbilder zu beschreiben, die sich als vereinfachte und schematische Konzepte zwischen unsere äußere Welt und unser Bewusstsein schieben.“ https://de.wikipedia.org/wiki/Stereotyp_(Sozialpsychologie)

4 https://istvanhunter.substack.com/p/neues-jahr-neue-medien?r=1wbbu3

* * *

## Warum so angepasst?

### Wirklichkeitsverlust und totalitäre Tendenzen

***Bernd Brackmann**, November 2023*

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der Ausgabe 06/2023 der Zeitschrift **die Drei** (diedrei.org).

Die Ereignisse der Corona-Zeit haben die Gesellschaft in bisher ungekanntem Maß gespalten. Prinzipiell waren sowohl kritische Positionen als auch die Ergreifung von Vorsichtsmaßnahmen und die Angst vieler Menschen vor einer Infektion verständlich. Zu denken gibt im Rückblick zum einen die Radikalität – bis hin zu Grundrechtseinschränkungen[1] – und fehlende Evidenz mancher Maßnahmen,[2] zum anderen, dass sie dennoch von vielen Bürgern und Medien, bis hin zur offenen Anfeindung kritischer Zeitgenossen, verteidigt wurden.

Ähnliches erlebt, wer gegenwärtig an die Vorgeschichte des Ukrainekrieges erinnert und die Politik des Westens kritisch befragt. Dabei hatten doch viele Menschen, wie auch Medien und Politik, die militärischen Interventionen im Kosovo, in Libyen oder in Syrien gutgeheißen, weil dort (angeblich) Minderheiten gegen staatliche Repression kämpften. Nun waren die russischsprachigen Bewohner des Donbass seit dem Abkommen von Minsk (2015) in der gleichen Lage und erhofften sich Hilfe von Russland. Viele Menschen hierzulande wissen das bis heute nicht oder stufen es als unbedeutend ein. Wie aber ist das Nichtwissen oder Nicht-zur-Kenntnis-Nehmen, das Messen mit zweierlei Maß zu deuten, das ja auch ein Zeichen fehlender Reflexion von Denkwidersprüchen ist? Und warum führte bei »Corona« ein allgemeiner Vertrauensverlust in die Politik[3] nicht zu einer realistischeren Abschätzung von Gefahren und Bedrohungen? Woher kommt die Bereitschaft, kaum glaubliche Deutungen auffälliger Phänomene, unrealistische Zukunftsprognosen oder offenbar widersinnige Maßnahmen zu akzeptieren? – Drei konkrete Beispiele:

- Wie konnten in Wuhan Menschen plötzlich auf der Straße tot umfallen, angeblich durch

Einwirkung des Corona-Virus, wo doch kein Krankheitserreger bei einer Infektion oder selbst am Ende der Inkubationszeit schlagartig tödlich wirkt?

- Wie konnte man Schulschließungen widerspruchslos akzeptieren? Waren nicht immense seelische Belastungen der Schüler und ihrer Familien vorauszusehen, die den angeblichen Nutzen überwiegen würden?
- Viele glaubten, Waffenlieferungen würden der Ukraine helfen, den Krieg zu gewinnen und diesen zu verkürzen. Aber Russland hat sich im Lauf der Geschichte oft erfolgreich gewehrt. Die bisher gelieferten Waffen haben kaum Erfolg gezeitigt, und die Zahl der Todesopfer steigt unaufhörlich.

Es besteht allgemein ein Mangel an Bereitschaft, den Realitätsgehalt von Informationen und den Sinn von Anweisungen zu prüfen: »Die größte Gefahr in der Moderne geht nicht von der Anziehungskraft nationalistischer und rassistischer Ideologien aus, sondern von dem Verlust an Wirklichkeit. Wenn der Widerstand durch Wirklichkeit fehlt, dann wird prinzipiell alles möglich.«[4] Auch heute scheint ein solcher Wirklichkeitsverlust vorzuliegen, der eine unreflektierte Angepasstheit ermöglicht. Wie ist es dazu gekommen? – Folgende Faktoren könnten dabei eine Rolle spielen:

- Schon lange besteht eine Atmosphäre wirtschaftlichen und seelischen Drucks auf Teile der Bevölkerung durch prekäre Arbeitsverhältnisse, Hartz IV, die Forderung nach Flexibilität, Mobilität und ständige Selbstoptimierung im Beruf, Verlust bei den Reallöhnen und Erhöhung des Renteneintrittsalters mit geringen Rentenaussichten. Das alles führt zu Abstiegs- und Zukunftsängsten und fördert Anpassung.
- Manipulation und Stimmungsmache bestimmten die letzten Jahrzehnte, vor allem durch Angst erzeugende Warnungen vor vermeintlichen oder tatsächlichen Gefahren. Eine fast ausschließlich negative Berichterstattung über Russland ist seit etwa 2007 zu beobachten. Schon vorher, seit dem Ende des Kalten Krieges, wurden abwechselnd einzelne Machthaber oder Gruppen als Personifikationen des Bösen dargeboten: Osama Bin Laden, die Taliban, der Islamische Staat, Saddam Hussein, Muammar al Ghaddafi, Baschar al Assad, das iranische Atomprogramm, die atomare Aufrüstung Nordkoreas usw. Ging es im Kalten Krieg neben der atomaren Abschreckung in erster Linie um einen Wettstreit der Wirtschaftssysteme, so ist man nun auf eine emotionalere, archaischere Ebene herabgestiegen, mit Feindbildern, die näherliegende, konkrete Bedrohungen überlagern, wie z. B. Sterbefälle durch Krankenhausinfektionen infolge mangelnder Hygiene. So leben wir zwischen ständigen Warnungen und falscher Sorglosigkeit.
- Kritisches Bewusstsein hat keinen hohen Stellenwert mehr. Spätestens seit dem 11. September 2001 wollen viele Zeitgenossen keine hintergründige Deutung des Weltgeschehens mehr akzeptieren und fürchten, andernfalls auf der Seite der Verschwörungstheoretiker und »Schwurbler« zu landen oder den Boden der vermeintlichen Rationalität und Menschlichkeit zu verlassen. Man will nicht als vorurteilsbehaftet, unsolidarisch oder gar »rechts« gelten.
- Zeittendenzen bestimmen in Form von Schlagwörtern wie Globalisierung, Digitalisierung, Migration, Elektro-Mobilität usw. den allgemeinen Diskurs und wirken dabei oft wie Imperative, die eine zustimmende Haltung einfordern.
- Vermeintliche Wissenschaft dringt in alle Lebensbereiche ein, Wissenschaftsjournalisten vermitteln ein (Halb-)Wissen, vorrangig in den Naturwissenschaften, mit dem man sich der modernen Welt gewachsen fühlen soll. Oft erlebt man eine Verächtlichmachung der Esoterik bzw. der Spiritualität und der Alternativmedizin.
- Die zunehmende Virtualisierung vieler Lebensbereiche lässt die gewohnte Wirklichkeit verblassen; immer buntere Bildteile in allen Medien, Express-Nachrichten und schneller Schlagabtausch in Talk-Shows ersetzen die ruhige Erarbeitung von Kenntnissen und wirken bewusstseinstrübend. Viele Medien sind auf die Regierungslinie umgeschwenkt, etliche Journalisten lassen sich sogar von der Politik entlohnen. Zugleich wird durch negative Meldungen eine untergründige Stimmung

dauernden Bedrohtseins geschürt. Schweinepest, Vogelgrippe, SARS und Ebola hatten diese Stimmung in den Vorjahren so weit fokussiert, dass das Corona-Virus schließlich als absolute, ultimative Gefahr dargestellt und empfunden werden konnte.

In den Jahren 2020 bis 2023 verschärften sich diese Einseitigkeiten: Im Frühjahr 2020 schlug die anfänglich abwägende Haltung von Medien und Politik gegenüber dem viralen Geschehen bald in eine »tiefgreifende ideologische Umstrukturierung«[5] um, als solle jeder Reflexion der Boden entzogen werden. Selbst als sich die mRNA-Impfstoffe im Lauf des Jahres 2022 als wenig erfolgreich erwiesen, fand man nicht zu einem gemäßigteren Diskurs zurück.

Auch zum Ukraine-Krieg wurden bisher kaum kritische Hintergrundinformation geliefert, ein Engagement für Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland wird als zynisch und verantwortungslos gebrandmarkt. Das alles wirkt ausgesprochen dämonisch. Für Anthroposophen liegt es nahe, hinter diesen Entwicklungen auch die Einflüsse von Widersachermächten anzunehmen, die – für die meisten kaum wahrnehmbar – das seelische Erleben verengen und die Menschen ihren tieferen eigenen Impulsen entfremden.[6]

**Meinung oder Tatsache?**

Diese Tendenz wird charakterisiert durch eine Fokussierung auf schmale, stets wechselnde Ausschnitte der Wirklichkeit, ein Nicht-Beachten naheliegender Fragen, eine Ablenkung von wichtigen Zusammenhängen oder drängenden Notwendigkeiten und eine Zurückweisung alternativer Informationen; dazu hat sich eine Neigung zu hohem Tempo und Vergröberung eingeschlichen. Auf emotionaler Ebene ist es zu Irritation und Unsicherheit, zu einer Empfindung des Ausgeliefertseins gekommen, was das Bedürfnis nach Sicherheit hervorruft, z. B. durch ein Denken in Ausschließlichkeitskategorien (Freund – Feind, gesund – ungesund). Der schleichende Verlust des Vertrauens in die Politik[7] führt aber kaum dazu, angesichts überzeichneter Gefahren (Corona) oder unüberschaubarer Situationen (Ukrainekrieg) souverän zu bleiben und nicht in Folgsamkeit zu verfallen. So hat sich eine Aushöhlung der Fähigkeit zum Abwägen und des Bezugs der eigenen Meinung auf Tatsachen ereignet.

Eine ähnliche Analyse findet sich ebenfalls 1950 bei Hannah Arendt: *»Der wohl hervorstechendste und auch erschreckendste Aspekt der deutschen Realitätsflucht liegt jedoch in der Haltung, mit Tatsachen so umzugehen, als handele es sich um bloße Meinungen. Beispielsweise kommt als Antwort auf die Frage, wer den Krieg begonnen habe – ein keineswegs heiß umstrittenes Thema –, eine überraschende Vielfalt von Meinungen zutage. [...] Doch die Verwandlung von Tatsachen in Meinungen ist nicht allein auf die Kriegsfrage beschränkt; auf allen Gebieten gibt es unter dem Vorwand, dass jeder das Recht auf eine eigene Meinung habe, eine Art Gentlemen's Agreement, dem zufolge jeder das Recht auf Unwissenheit besitzt – und dahinter verbirgt sich die stillschweigende Annahme, dass es auf Tatsachen nun wirklich nicht ankommt. Dies ist in der Tat ein ernstes Problem, nicht allein, weil Diskussionen dadurch oftmals so hoffnungslos werden […], sondern vor allem, weil der Durchschnittsdeutsche ganz ernsthaft glaubt, dieser allgemeine Wettstreit, dieser nihilistische Relativismus gegenüber Tatsachen sei das Wesen der Demokratie. Tatsächlich handelt es sich dabei natürlich um eine Hinterlassenschaft des Naziregimes. Die Lügen totalitärer Propaganda unterscheiden sich von den gewöhnlichen Lügen, auf welche nichttotalitäre Regime in Notzeiten zurückgreifen, vor allem dadurch, dass sie ständig den Wert von Tatsachen überhaupt leugnen: Alle Fakten können verändert und alle Lügen wahrgemacht werden. Die Nazis haben das Bewusstsein der Deutschen vor allem dadurch geprägt, dass sie es darauf getrimmt haben, die Realität nicht mehr als Gesamtsumme harter, unausweichlicher Fakten wahrzunehmen, sondern als Konglomerat ständig wechselnder Ereignisse und Parolen, wobei heute wahr sein kann, was morgen schon falsch ist. […] Man hat es hier nicht mit Indoktrinationen zu tun, sondern mit der Unfähigkeit und dem Widerwillen, überhaupt zwischen Tatsache und Meinung zu unterscheiden.«*[8]

Arendts Aussage ist durchaus auf unsere Zeit übertragbar: Fehlende Kenntnisse und aufgewühlte Emotionen verschatten reale Sachverhalte. Man vertraut der gesteuerten öffentlichen Meinung und ist blind für Manipulationen. Dieser »nihilistische Relativismus« aus Meinungsdominanz, Unkenntnis und Gutgläu-

bigkeit fördert wie eine fortdauernde Unterströmung die Wirkung der oben genannten Faktoren.

Wie kann man zu Freiheit gegenüber diesen Einflüssen gelangen? Notwendig wäre ein waches, fragendes Abtasten gesellschaftlicher Phänomene, ein durch Urteilszurückhaltung getragenes Erschließen von Hintergründen und Zusammenhängen und dazu eine Besinnung auf die immer vorhandene Möglichkeit autonomen Denkens, das der Manipulation widersteht. Doch man kann manchen Zwängen nicht ausweichen, mag nicht gern in Konfrontation leben, und so überlassen sich etliche Menschen den Zeittendenzen allzu bereitwillig.

**Vom Versagen unserer Politiker**

Vielleicht würde eine Rückkehr der Politik zur Orientierung an Tatsachen und zu besonnenem Handeln vorbildlich wirken – doch leider zeigt sich, dass das Hantieren mit »ständig wechselnden Ereignissen und Parolen« zum System geworden ist: Hatte Olaf Scholz als Finanzminister im Frühjahr 2020 noch in Bezug auf staatliche Hilfen für Pandemie-geschädigte Mittelständler, Kleinunternehmen und Solo-Selbstständige versichert, es müsse nichts zurückgezahlt werden, gibt es nun doch massenhaft Rückforderungen.[9] War noch vor Kurzem die ökonomische »Wettbewerbsfähigkeit« der Dreh- und Angelpunkt politischen Denkens und Handelns, scheint es nun niemanden zu kümmern, dass Deutschland auch aufgrund der Sanktionen gegen Russland in eine Wirtschaftsrezession gerutscht ist.[10] Entgegen dem Wahlslogan »Respekt für Dich« sieht die Bundesregierung finanzielle Kürzungen in den Bereichen Soziales, Bildung und Infrastruktur vor – aber der Wehretat wird aufgestockt.[11] Und mehrmals wurde anfängliche Zurückhaltung in der Unterstützung der Ukraine durch Waffenlieferungen alsbald über Bord geworfen.[12]

Die Grünen haben sich zum zweiten Mal nach Übernahme der Regierungsverantwortung entgegen ihrer ursprünglich antimilitaristischen Haltung für den Einsatz bzw. eine Ausweitung von Kriegshandlungen engagiert, Wahlversprechen gebrochen und gut begründete Forderungen vergessen.[13] Viele prominente Grüne sind bzw. waren in elitäre Netzwerke eingebunden und handeln kaum im Sinne aller Bürger oder auch nur des Parlaments.[14] Zusätzlich verbinden sie ökologische Veränderungen mit fragwürdigen Tendenzen: Wirtschaftsminister Robert Habeck macht sich für den Einbau von sogenannten Smart-Metern in jedem Haushalt stark, doch zu welchem Zweck? *»Ursprünglich ging es ja nicht ›nur‹ um eine Wende von fossilen zu regenerativen Energieträgern, sondern auch um eine Dezentralisierung und eine Demokratisierung der Energieversorgung – weg von monopolartigen Strukturen und Großkonzernen, hin zu kleinen Selbstversorgern. Doch davon ist heute kaum mehr die Rede. […] Die Einführung von Smart-Meter-Messsystemen eröffnet nun neue Möglichkeiten, die bislang schwer zu kontrollierenden solaren Energien in zentralistische Systeme zu pressen.«*[15] Somit rückt ökologische Politik in eine gefährliche Nähe zu Überwachung und Nötigung der Bürger. Wir erleben einmal mehr, dass Idealismus, zu politischer Macht gelangt, seine ethische Substanz verliert und zur Bedrohung der Freiheit wird. Obendrein erweisen sich manche Absichten der Grünen als unausgegoren: Die Beraterkosten zur Abfassung des ›Gebäudeenergiegesetzes‹ betrugen 1,8 Mio. Euro,[16] doch über den $CO_2$-Effekt von Wärmepumpen kann das Wirtschaftsministerium keine Auskunft geben,[17] und der hohe Strompreis macht Wärmepumpen fast unerschwinglich. Zudem wird Deutschland im kommenden Winter Atomstrom aus Frankreich importieren.[18]

Auch ›Die Linke‹ bietet in weiten Teilen keine echte Opposition und agiert kaum anders als die Gesamtgesellschaft: Sie »taumelte aus dem Corona-Lockdown in die regierungsamtlich ausgerufene Zeitenwende nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine. Auch dort gilt die Devise: *»Bloß nicht über die Corona-Jahre und vielleicht auch über die eigenen Fehler reden.«*[19] Zudem hat sich ihr Blickwinkel von Kapitalismuskritik auf den Kampf gegen »Rechts«, Befürwortung von Migration und Genderstudies verlagert und dabei massiv verengt.[20]

So wird deutlich, dass die Politik die Komplexität der gesellschaftlichen Wirklichkeit außer Acht lässt und die Bürger mit Zumutungen strapaziert. Enttäuschte Hoffnungen, so der Journalist Frank Blenz, lassen nun Teile der *»Gesellschaften politisch statt nach links mehr und mehr nach rechts rücken. Das geschieht zunächst aus Protest und Wut über die Anma-*

*ßungen der Politik der Mitte und aus Enttäuschung über deren sogenannte ›linke Konzepte‹, die in Wahrheit neoliberal, inhuman und reaktionär sind. Wen soll ich wählen? Diese Frage stellen sich darauf Wähler, die selbst gar nicht rechts sind«*[21] – die aber ein Korrektiv für Fehlentwicklungen und unrealistische Konzepte suchen. Nach und nach verwischen sich dabei die Grenzen der Kategorien von »links« und »rechts«.[22] So stehen sich heute, grob formuliert, die Forderungen nach Freiheit und Sicherheit in allen Belangen, Sozialität ohne Zwang, demokratischer Mitbestimmung sowie Sorge um das Gemeinwohl einerseits und andererseits immenser finanzieller Einfluss und elitäre Vereinigungen, zunehmende Überwachung, Steuerung des gesellschaftlichen Lebens von oben sowie ideologisch aufgezwungene Solidarität gegenüber. Der Wunsch nach Orientierung der Politik an der Lebenswirklichkeit der meisten Menschen steht in härtestem Kontrast zu den Plänen unserer Regierung.

**Das System reformieren**

Hinter diesen antidemokratischen Tendenzen steht das Streben nach Macht und die Angst vor deren Verlust. Macht zeigt sich am offensten in Despotien, aber auch in einer Demokratie wie der Bundesrepublik erhebt sie sich immer wieder über Recht und Gesetz, etwa durch die Verzahnung von Exekutive und Judikative (wie die Ernennung des Merkel-Vertrauten Stephan Harbarth zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes zeigt) oder durch die Erhebung der Exekutive über die Legislative (wie die von Angela Merkel einberufenen, verfassungsrechtlich nicht vorgesehenen Ministerpräsidentenkonferenzen während der Corona-Zeit). Der Philosoph Michael Andrick konstatiert, die Bundesrepublik habe *»im Verlauf der Coronapolitik-Krise [...] ihre Fähigkeit zu punktuell totalitärem Handeln unter Beweis gestellt [...] und die allermeisten Staatsdiener haben bei der Umsetzung fraglose Folgsamkeit demonstriert.«*[23] Doch wohl nur bei einer Minderheit besteht Einsicht in die Gefahren dieses Wandels. Durch die Eindrücke des Unrechts in der NS-Zeit, in der DDR und anderen Diktaturen ist die Empfindung, heute in einem gerechten und freiheitlichen System zu leben, bei vielen kaum zu erschüttern. So liegt die Vermutung nahe, dass außer den oben genannten Faktoren auch diese Täuschung zu wirklichkeitsfernen Ansichten über das politische Geschehen und immer wieder zu falschen Hoffnungen führt, z. B. auf Veränderung nach einer Wahl.

Ist es noch möglich, diesen Realitätsverlust im öffentlichen Bewusstsein mit all seinen Folgen zu korrigieren? Es gibt Versuche zur Veränderung durch Sicherung und Ausweitung der Demokratie »von unten«, wie den langjährigen Einsatz der Nichtregierungsorganisation ›Mehr Demokratie‹,[24] und durch Ansätze zur Stärkung des Rechtsstaates, wie das folgende Beispiel zeigt. Noch während der Grundrechtseinschränkungen durch die Corona-Verordnungen veröffentlichte der Rechtsanwalt Carlos A. Gebauer im Jahre 2021 – also 72 Jahre und damit ein Menschenalter nach Verkündung des Grundgesetzes – sein Buch ›Grundgesetz 2030‹. Der Autor benennt den Ernst der Lage: *»Ein historischer Moment, der vermuten lässt, dass schon bald sehr grundsätzliche Fragen gestellt werden, legt nahe, den Sanierungsbedarf am Erhaltenswerten zu thematisieren.«* Seine Modernisierungsvorschläge wollen nicht revolutionieren, sondern *»als ein Versuch verstanden sein, die klugen Prinzipien der bestehenden Verfassungsstruktur [...] zu betonen und sie in ihrer Durchsetzungskraft zu stärken.«*[25] Er schlägt u. a. direktdemokratische Abstimmungen mit Vorrang vor Parlamentsentscheidungen, eine Abstimmung aller Wähler bei der Verhängung von Ausnahmezuständen, die länger als zwölf Monate dauern sollen, und eine Beendigung des staatlichen Geldmonopols vor. Eine Darstellung seiner insgesamt 117 Vorschläge ist hier nicht leistbar, aber ersichtlich ist, dass sie den einzelnen Bürger stärker in das politische Geschehen einbeziehen und die Macht der Volksvertreter begrenzen sollen. In diesen Gedanken ist tendenziell Rudolf Steiners Anliegen verwirklicht, dass Ideen – hier die Idee einer demokratisch-rechtsstaatlichen Verfassung – nicht als Abstraktionen immer weitergetragen, sondern dass sie gewissermaßen sehend werden, d. h. dass sie als lebensvolle, wandelbare Geist-Kraft-Gebilde die irdischen Gegebenheiten wahrnehmend durchdringen und im aktuellen Bezug darauf Möglichkeiten zur (Neu)Gestaltung offenlegen.

Sollen Rechtsstaat und parlamentarische Demokratie noch eine Zukunft haben, müssten die

Folgen der Corona-Maßnahmen und die Einseitigkeit der Ukraine-Politik aufgearbeitet und, soweit möglich, korrigiert werden. Jede kommende Regierung sollte auf größtmögliche Beachtung der gesellschaftlichen und rechtlichen Realität hinwirken und dazu die eigene Macht beschränken, Ämter zeitlich begrenzen, nicht die Bürger überwachen, sondern sich selbst stärker kontrollieren lassen, schnelle Amtsenthebung bei Missbrauch des Amtes oder groben Fehlleistungen ermöglichen und im eigenen Parteiapparat die Basisdemokratie sicherstellen. Sicher wäre innerhalb und außerhalb des Parlaments noch viel mehr zu tun, z. B. im Sinne erweiterter Aktivitäten für mehr Demokratie, aber da auch diese bisher größere Fehlentwicklungen nicht verhindert haben und man einen grundlegenden Bewusstseinswandel hin zu einer Sozialen Dreigliederung noch kaum zu hoffen wagt, bleibt zunächst nur die Möglichkeit, der Stabilisierung des Rechtsstaates und der Weiterentwicklung der Demokratie innerhalb des bestehenden Systems die eine oder andere Tür zu öffnen.

***Bernd Brackmann**, geb. 1957, Studium der Fächer Germanistik, Latein und Kunst; danach Arbeit als Lehrer und als Altenpfleger*

1 https://www.sueddeutsche.de/politik/corona-pandemie-bundesverwaltungsgericht-versammlungsverbot-sachsen-1.5953329

2 https://www.cicero.de/innenpolitik/corona-expertenrat-pandemie-covid-corona-lauterbach-drosten-streeck-ethikrat-stiko-rki

3 https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153820/umfrage/allgemeines-vertrauen-in-dieparteien

4 Ingeborg Nordmann: ›Erfahrungen in einem Land, das die Realität verloren hat‹, in Hannah Arendt: ›Besuch in Deutschland‹, Berlin 1993, S. 83. Dieses Zitat wird oft Arendt selbst zugeschrieben.

5 Ortwin Rosner: ›Dynamik des Hasses: Zur Metamorphose der Medien unter dem Corona-Regime‹, in Andreas Urban (Hrsg.): ›Schwerer Verlauf. Corona als Krisensymptom‹, Wien 2023, S. 154

6 Vgl. die Beiträge von Stephan Eisenhut und Thomas Külken in DIE DREI 5/2023 (https://diedrei.org/).

7 https://www.welt.de/wissenschaft/article249930174/Gesellschaft-Das-schwindende-Vertrauen-der-Deutschen-in-die-Politik.html?icid=search.product.onsitesearch

8 Hannah Arendt: ›Besuch in Deutschland. Die Nachwirkungen des Naziregimes‹, in dies.: ›Zur Zeit. Politische Essays‹, hrsg. von Marie Luise Knott und übers. von Eike Geisel, Berlin 1986, S. 47f.

9 https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/corona-hilfen-der-staat-fordert-seine-gelder-von-unternehmen-zurueck-18977872.html

10 https://www.welt.de/wirtschaft/article246563642/Ifo-Index-sinkt-das-dritte-Mal-in-Folge-Lage-verduestert-sich.html

11 https://www.wsws.org/de/articles/2023/07/09/haha-j09.html

12 https://www.nachdenkseiten.de/?p=102414

13 Etwa die frühere Ächtung von Uranmunition, vgl. https://www.nachdenkseiten.de/?p=101222

14 Claudia Roth, Cem Özdemir und Katrin GöringEckardt waren Mitglieder der Atlantik-Brücke, Omid Nouripur gehört gegenwärtig zu deren Vorstand; Özdemir und Annalena Baerbock sind Absolventen des ›Young Global Leaders‹-Programms des Weltwirtschaftsforums (WEF); Reinhard Bütikofer ist Mitglied im Vorstand des ›Aspen-Instituts‹.

15 Anja Baisch, Die Umdeutung der Energiewende, https://www.nachdenkseiten.de/?p=98797

16 https://reitschuster.de/post/heizgesetz-knapp-zwei-millionen-steuergelder-fuer-externe-berater/

17 https://reitschuster.de/post/experte-zerlegt-habecks-waermepumpen-gau/

18 https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/ampel-raeumt-ein-wir-brauchen-akw-strom-aus-frankreich-84284850.bild.html

19 https://www.telepolis.de/features/Corona-und-die-Folgen-Verschwoerung-an-den-Feuertonnen-9164260.html

20 Vgl. Sven Brajer: ›Die (Selbst)Zerstörung der deutschen Linken. Von der Kapitalismuskritik zum woken Establishment‹, Wien 2023

21 https://www.nachdenkseiten.de/?p=99033

22 https://www.tagesspiegel.de/politik/ideologien-vermischen-sich-zunehmend-das-sind-die-wichtigsten-erkenntnisse-aus-dem-verfassungsschutzbericht-10014286.html

23 https://www.freitag.de/autoren/michael-andrick/corona-totalitaere-tendenzen-in-deutschland

24 Vgl. https://www.mehr-demokratie.de/

25 Carlos A. Gebauer: ›Grundgesetz 2030: Modernisierungsvorschläge für eine Erhaltungssanierung‹, Reinbek bei Hamburg 2021, S. 10

* * *

## Vorankündigung

Netzwerktreffen
**Dreigliederungs-Gruppen**
Freitag 11. bis Sonntag 13. April 2025
im Parzival-Schulzentrum in Karlsruhe
weitere Infos folgen

* * *

## Einleitung zum Offenen Brief

... von Michael Kalisch an den Herausgeber der Zeitschrift „Das Goetheanum“ Justus Wittich: **ein Beispiel für mangelndes Wahrheitsstreben heute**

***Nicholas Dodwell**, November 2024*

Michael Kalisch, ehemaliger Autor für die anthroposophische Zeitschrift „Das Goetheanum“, schreibt einen Offenen Brief an den Herausgeber dieser Zeitschrift. Er muss an den Herausgeber schreiben, weil die Redaktion von „Das Goetheanum“ mehrmals seine Zuschriften unbeantwortet gelassen hat (geschweige denn, dass sie seinen Leserbrief abgedruckt hätten).

Folgerichtig muss der Offene Brief in einer anderen Zeitschrift, in „Ein Nachrichtenblatt“* erscheinen.

Wir wollen im „Rundbrief“ auch zur Verbreitung dieses Offenen Briefes beitragen, denn er weist auf ein sehr bedenkliches, massenhaft auftretendes Symptom in der heutigen Welt der Anthroposophen hin (die sich eigentlich dem Freien Geistesleben verpflichtet fühlen müssten): auf das Symptom der Gesprächsverweigerung.

Es geht nicht um Belangloses: es geht um die Darstellung des Krieges in der Ukraine, um ein Thema, das im Mittelpunkt der politischen Kontroversen in unserer Gesellschaft heute steht.

Wir wollen zu dieser Darstellung des Krieges – bzw. seines Anfangsdatums – keine Aussage treffen. Uns geht es alleine um die Gesprächsverweigerung der Redaktion von „Das Goetheanum“.

Gemäß der Anthroposophie gehört es elementar zum Menschsein, nach der Wahrheit zu streben. Zu diesem Zweck ist es notwendig, für alle Aspekte einer Fragestellung offen zu sein; das heißt auch, sich mit gegensätzlichen Argumenten auseinanderzusetzen.

Gesprächsverweigerung ist das Gegenteil davon.

Dieses bedingungslose Wahrheitsstreben erwartet, so sagen die Anthroposophen, der Erzengel Michael, der gegenwärtige Menschheitsführer, von uns. Seine Regentschaft währt noch bis zum Jahre 2230.

Damit ist schon alles gesagt. Das Verhalten der Verantwortlichen von „Das Goetheanum“ entlarvt sich selbst.

Uns beim „Rundbrief“ geht es um das Leben des Freien Geisteslebens.

Bei Menschen, die sich dem verpflichtet fühlen müssten, scheint das in Vergessenheit geraten zu sein.

---

* Ausgabe 14. Jahrgang, Nr. 21 | 20. Oktober 2024 der Zeitschrift **Ein Nachrichtenblatt** (https://einnachrichtenblatt.org/)

* * *

## Offener Brief

**an den Herausgeber der Wochenschrift *‹Das Goetheanum›***

Dieser Brief ist zuerst erschienen in der Ausgabe 14. Jahrgang, Nr. 21 | 20. Oktober 2024 der Zeitschrift **Ein Nachrichtenblatt** (https://einnachrichtenblatt.org/).

*Sehr geehrter Herr Wittich,*

**Einleitung** | Am 7. Juni schrieb ich der Redaktion der Wochenschrift eine E-Mail, in der ich *zu einer Aussage der Wochenschrift am 10. April 2024 um eine Stellungnahme bat*, da sie meines Erachtens nicht mit den Tatsachen übereinstimmte. Bereits vorausgegangen war ein Leserbrief desselben Inhalts, der nicht veröffentlicht wurde. Auch diese direkte Zuschrift an die Redaktion blieb unbeantwortet. Daraufhin wandte ich mich Anfang Juli an Sie als verantwortlichen Herausgeber. Offenkundig unrichtige Aussagen sollten im *Goetheanum* richtiggestellt werden, vor allem, wenn es sich um ein so gewichtiges Thema handelt. Da auch mein an Sie gerichteter Brief unbeantwortet blieb, wiederholte ich ihn Mitte September inhaltlich mit der Bitte, *innerhalb von zwei Wochen* zu antworten. Da auch nach Ablauf einer großzügig bemessenen ‹Frist› keine Antwort eingetroffen ist, druckt *Ein Nachrichtenblatt* meine Anfrage nun als Offenen Brief ab.

Ich habe als Autor jahrelang für die Wochenschrift gearbeitet (als Dietrich Rapp Chefredakteur war) und bin daher enttäuscht über diese Art der ‹Reaktion›. Es muss doch möglich sein, als kritischer Leser eine Rückmeldung zu geben

und darauf auch eine Antwort zu erhalten. Journalismus als Einbahnstraße?

**Der Krieg in der Ukraine** | Die Wochenschrift hat am 10. April etwas über die Ukraine geschrieben, was objektiv nicht richtig war. Die Wochenschrift *repräsentiert* die Anthroposophie in der Öffentlichkeit, daher trägt sie vor allem bei hochbrisanten Themen eine große Verantwortung für das, was sie schreibt – oder auch verschweigt. Man muss doch damit rechnen, dass heutige Ausgaben der Wochenschrift von einer Nachwelt aus historischem Interesse gelesen werden – mit der Frage: Wie haben die Anthroposophen sich zu diesem oder jenem Vorgang gestellt? Dasselbe ist ja z. B. auch in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg und die damalige Berichterstattung im *Goetheanum* getan worden, mit dem Ergebnis, dass festzustellen war: hätte man nur die Wochenschrift gelesen, hätte man nicht erfahren, dass außerhalb der Schweiz ein Weltkrieg tobt.

Im vorliegenden Fall geht es um den *Ukraine-Krieg*. Es ist nicht nachzuvollziehen, warum folgende Formulierung gewählt wurde – ein Versehen dürfte bei solchen Themen doch nicht passieren. In Heft 15 war auf S. 2 der Wochenschrift zu lesen:

*»Seit nun schon zwei Jahren leben die Menschen in der Ukraine im Krieg.«*

Es war ein Bericht der ukrainischen *Christengemeinschaft*: von der Pfarrerin Tatjana Nechytailo aus Kiew und dem Pfarrer Andrej Ziltsov aus Odessa. Ich musste diesen Satz mehrmals lesen, weil ich es nicht glauben konnte: »seit 2 Jahren … Krieg«, »… die Menschen in der Ukraine«. Dies entspricht objektiv nicht der Wahrheit, und zwar unabhängig davon, ob man im nördlichen oder im südlichen Teil der Ukraine lebt.

Man könnte eine lange Liste von namhaften – dabei unabhängigen – Personen aufführen, die die Vorgeschichte des Ukraine-Krieges ab dem Kiewer Maidan 2013/14 und sogar zurückreichend bis zum Ende des Ostblocks darstellen können (Daniele Ganser, Thomas Röper, Gabriele Krone-Schmalz, Jacques Baud, General a. D. Harald Kujat, einige Exmilitärs und Journalisten aus den USA, Beobachter aus dem Donbass selbst u. v. w.).

*Der Krieg in der Ukraine* hat 2014 nach der Maidan-Revolution begonnen, er richtete sich gegen den Anteil russisch sprechender Ukrainer, die im Südosten (Donbass) in der Mehrheit sind. Er wurde von der neuen Regierung in Kiew geführt, deren demokratisch gewählter Präsident (Janukowytsch) 2014 mit Unterstützung westlicher Kräfte in einem Staatsstreich abgesetzt und durch einen ‹erwünschten› (Poroschenko) ersetzt worden war. Diesem innerukrainischen Krieg waren bereits bis zu Russlands Einmarsch am 24.2.2022 im Donbass mindestens 14.000 Zivilisten zum Opfer gefallen, ein hoher Prozentsatz davon durch ukrainische Bomben. *März 2021 hatte Zelensky angeordnet, den Donbass sowie die Krim zurückzuerobern – eine Linie, an der er bis heute unbeirrt festhält*, obwohl dort lebende Menschen nach ihren Erfahrungen mit Kiewer ‹Anti-Terror-Operationen› und Dauerbeschuss inzwischen ihre Ablehnung geäußert haben, mit der Ukraine ‹wiedervereinigt› zu werden. Die zwei Republiken Luhansk und Donezk hatten sich bereits im Mai 2014 mit einem Referendum zur Selbstbestimmung (was nicht dasselbe ist wie Unabhängigkeit) entschieden.

Für die schwächeren Opfer dieses Krieges, die Dorfbewohner und ihre Kinder, hat sich der Westen nie interessiert – er trägt jedoch Mitverantwortung für seine inzwischen über 10jährige Geschichte, da er die 2 Minsker Abkommen, die diesen Konflikt beilegen sollten, zwar unterzeichnet hat, aber nie ernsthaft vorhatte, sie zu ratifizieren. Das hat Ex-Kanzlerin Merkel 2023 offen zugegeben (so wie Francois Hollande, ehem. französischer Präsident). Für Menschen in Donezk oder Mariupol begann also der Krieg 2014 und dauert bis dato schon *zehn*, nicht zwei Jahre. Ist es möglich, dass es Bewohnern im nördlichen Teil der Ukraine, z. B. in Kiew, *entgangen* ist, wie ihre eigene Regierung Krieg führt gegen einen Teil ihrer Landsleute, denen sie ihre bürgerlichen Rechte abgesprochen hatte (Poroschenko drohte, dass ihnen alles genommen würde, Renten, Kindergeld, Schulen und Krippen und ihre Kinder „in den Kellern bleiben“ würden, und so kam es auch) – auch wenn man in Kiew von den Raketeneinschlägen und den brutalen Aktionen der rechtsextremen und ultranationalistischen Milizen im Donbass natürlich nichts direkt mitbekam? Ich kann mir so

eine konzentrierte Form des *Wegschauens* über 10 Jahre hinweg kaum vorstellen.

Daher bleibt die Frage: Was war der Grund, dass die Redaktion der Wochenschrift diese mit bekannten Tatsachen nicht übereinstimmende Formulierung druckte? Meines Wissens gibt es in der Schweiz kein Gesetz, das vorschreibt, wie man den Einmarsch Russlands am 24.2.2022 aus der Sicht von NATO und EU nennen muss, statt ihn so zu beschreiben, wie er aus der Sicht des ukrainischen Brudervolkes(!) Russland intendiert war – der dringlichste Grund, der hier in Mitteleuropa immer noch nicht bekannt zu sein scheint, war die nicht mehr aufzuschiebende Hilfeleistung für die russisch-sprechenden Bürger im Donbass gegen die militärischen Attacken aus der Westukraine, was als *Responsibility to ProtectAktion* (‹R2P›) im Sinne von Art. 51 der UN-Charta deklariert wurde. Die Donbass-Republiken hatten am 23.2.2022 Russland um Militärhilfe gebeten, weil sie *mit einer großangelegten ukrainischen Offensive rechneten*. Der Raketenbeschuss auf den Donbass hatte sich innerhalb einer Woche dramatisch intensiviert (die OSZE hat es dokumentiert). Russland hatte die Existenz der beiden Republiken erst 2 Tage zuvor anerkannt und Verträge über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung mit ihnen abgeschlossen.

Es handelt sich hier weder um eine Billigung noch Rechtfertigung dessen, wie sich Russlands konkrete militärische Reaktion auf diesen Hilferuf gestaltete, was im Westen mit dem Namen »unprovozierter völkerrechtswidriger *Angriffskrieg*« bezeichnet wird. Man kann trotzdem die Sicht von Russlands Regierung einnehmen, dass ein militärisches Eingreifen *unumgänglich* gewesen sei. Heute mehren sich die Stimmen (wenigstens wird ihnen in den alternativen Medien ein Forum gegeben), die offen aussprechen, dass dieser Krieg mit voller Absicht *provoziert* wurde, und zwar im Dienste egoistischer Ziele bestimmter Kreise in den USA, die die Geopolitik bestimmen – und die ihrem eigenen Verständnis nach das gleichsam ‹angeborene Recht› besitzen, über das Wohl und Wehe des gesamten Rests der Menschheit zu bestimmen. Dabei geht es gar nicht um eine ‹Rettung› der Ukraine vor einem ‹Angreifer, der eine Annexion des ganzen Landes beabsichtigt›, oder eine ‹Verteidigung der Demokratie› vor der Expansionswut eines ‹neoimperialen Russlands› – wovor *retten*, wenn man erst einen ungesunden, weil künstlichen Nationalismus-Impuls vom Westen aus *aufgestachelt* hat, einen ‹Wilsonianismus›, der dann den Russenhass anfeuerte, in dem auch alte Ressentiments und Verletzungen aus der Zeit der Sowjetgeschichte mitschwingen? Und ist ‹retten› dasselbe wie die fortgesetzte Unterstützung einer ‹Selbstverteidigung›, die das *illusorische* Ziel hat, Russland zu besiegen – obwohl es unmöglich ist, eine Atommacht zu besiegen? Sondern es geht darum, *Russland herauszufordern*, um es dann schwächen oder sogar zerschlagen zu können (in Verbindung damit könnte auch wieder mal ein wunschgemäßer ‹system change› arrangiert werden). Das ist aber noch nicht alles. Auf der anderen Seite soll *Deutschland* möglichst auf Distanz zu Russland gehalten werden – was weitgehend erfolgreich gelungen ist mit dem Einimpfen eines (unnatürlichen) Russenhasses auch hier, um auf diese Weise der in den Augen der weit vorausschauenden US-Geostrategen schlimmsten Gefahr vorzubeugen: dass sich Deutschlands Erfindungskraft und Kreativität mit russischen Bodenschätzen und Energiereserven verbindet – was für beide sowie für ganz Europa ein Segen sein könnte, aber für die USA eine unerträgliche Konkurrenz und Einflussbeschränkung. Zur Vorgeschichte des Ukrainekrieges gehören *auch* die geostrategischen Konzepte der US-Außenpolitik; nicht der ‹offiziellen› fürs Fernsehen, sondern der im Hintergrund wirksamen, wenngleich keineswegs geheimen – ein Schlüsseldokument zur Kenntnis dieser menschenverachtenden Pläne ist die Rede von *George Friedman* vom 4.2.2015 vor dem ‹Chicago Council on Global Affairs›: (https://www.youtube.com/watch?v=QeLu_yyz3tc).

Im Sinne dieser strategischen Ziele wurde schon vom ersten Generalsekretär der NATO die Parole ausgegeben: Die NATO habe die Aufgabe, »die Amerikaner drinnen, die Russen draußen – und die Deutschen am Boden« zu halten. So viel zum Thema ‹unsere Freunde jenseits des Atlantiks›.

Mit größerem Weitblick gesehen erkennt man hier etwas im Grunde Teuflisches: es geht diesen Kreisen darum, die nächste Kulturepoche zu unterbinden, die durch eine Verbindung

zwischen Russland und Deutschland *vorbereitet* würde – nicht nur im Wirtschaftlichen, sondern vor allem im Kulturellen, im Geistigen. Es geht darum, die geistige Entwicklung von Ich—Bewusstseinsseele—Geistselbst abzuwürgen. Dabei geht es um *weite* Zeitperspektiven.

Wenn einem dies klar geworden ist, erkennt man jegliche naive, gutgläubige und ‹freundschaftliche› Haltung von Mitteleuropäern gegenüber der NATO und der Europapolitik der USA als einen tödlichen Fehler – sie rennen in ihr eigenes Verderben, das man für sie bereits arrangiert hat, während sie in Vasallentreue ein Förderpaket für Waffen nach dem anderen liefern, das lediglich den Krieg sinnlos verlängert.

***Michael Kalisch**, Donnerstag, 17. Oktober 2024*

* * *

## Leserforum

*Anmerkung: Das folgende Schreiben unseres Lesers nimmt Bezug auf den vorangegangenen Rundbrief, in dem es im Editorial um das Attentat auf Rudolf Steiner ging.*[1]

*26.09.2024*

Guten Tag,

herzlichen Dank für den Rundbrief, den ich immer mit Freuden lese. Allerdings ist es dieses Mal so, dass Sie auf der Titelseite schreiben, dass Rudolf Steiner das Opfer eines Giftanschlags wurde. Meines Wissens ist das keineswegs erwiesen und auch von Seiten seiner behandelnden Ärzte nicht bestätigt. Auch von Rudolf Steiner gibt es – soviel ich weiß – dazu keine Aussage. Vielmehr ist er von Überlastung als Ursache seiner körperlichen Beschwerden ausgegangen. (Nachzulesen in dem Briefverkehr mit seiner Frau in den letzten Monaten seines Lebens.)

Insofern halte ich es für fragwürdig, dass Sie diese Behauptung des Giftanschlags einfach so als Tatsache hinstellen.

Mit freundlichen Grüßen
Wilhelm Bembenek

— ☼ —

*Antwort der Redaktion:*

*10.10.2024*

Sehr geehrter Herr Bembenek,

Danke für Ihre Leserzuschrift.

Auch, dass Sie kritisch nachfragen wegen der Vergiftungsfrage.

Kritisch nachfragen hilft immer zur Klärung.

Nun ist es so, dass es eine Fülle von Aussagen gibt, teilweise Augenzeugenberichte, teilweise Wiedergabe von Steiner-Äußerungen, welche auf die Vergiftung am 1. Januar 1924 hinweisen.

Von Marie Steiner, Ita Wegman, Ilona Schubert, Walter Johannes Stein, Emil Leinhaas, Albert Steffen, Lidia Centiliberato, Ehrenfried Pfeiffer und anderen mehr.

Es scheint allerdings, dass die umfassende Zusammenstellung dieser Aussagen erst, nach hundert Jahren, in den letzten Wochen geleistet worden ist! Und zwar durch Dr. Michael Birnthaler / Freiburg.

Auch durch den Einwand in Ihrem Leserbrief angestossen, haben wir in der Redaktion uns seine Videos zu diesem Thema angeschaut. Die im engeren Sinne relevanten heißen "Der Giftanschlag" und "Nach dem Giftanschlag". (Bei Youtube leicht zu finden).

Die erdrückende Fülle von Aussagen lässt eigentlich keinen Zweifel mehr daran aufkommen, dass dieser Giftanschlag stattgefunden hat.

(Eine Schwierigkeit war wohl, dass Dr. Steiner nicht wollte, dass der Giftanschlag in der Mitgliedschaft bekannt würde. Daran haben sich seine Mitarbeiter lange Zeit gehalten).

Ich nehme an, dass Sie diese Videos nicht kennen. (Sie sind erst vor ein paar Wochen erschienen).

Ich schlage vor, dass Sie sie anschauen, und dann können wir weiter sprechen.

Mit freundlichen Grüßen
für die Redaktion
Nicholas Dodwell

1 Alle Rundbrief-Ausgaben können von der Internetseite http://www.3gliederung.de heruntergeladen werden.

* * *

## Rundbrief-Texte in Buchform

Für alle, die unsere Rundbrief-Inhalte in Buchform genießen wollen, gibt es (bisher) zwei Angebote:

**Buch 1**
Rundbrief-Ausgaben 1–10
Okt. 2021 bis Sept. 2022
DIN A5
280 Seiten

**Buch 2**
Rundbrief-Ausgaben 11–20
Okt. 2022 bis Juli 2023
DIN A5
330 Seiten

**Preise** pro Buch:
(**zzgl. Porto und Verpackung**, Selbstkostenpreis)

| | |
|---|---|
| 1 Stück | 8,50 € |
| ab 2 Stück | 8,00 € pro Stück |
| ab 8 Stück | 7,50 € pro Stück |
| ab 15 Stück | 7,25 € pro Stück |

Ihre **Bestellung** richten Sie bitte per Mail an:
edition.3-g@posteo.de – Betreff: Bestellung

... oder per Post an: Edition.3-G
Klaus-U. Steffens
Wesebachstr. 58
D-76327 Pfinztal

* * *

## Organisatorisches

***Unser Info-Archiv (alle Rundbriefe und mehr)***

Alle bisherigen Rundbriefe sowie Informationen zur Sozialen Dreigliederung können bequem aus unserem Archiv (http://www.3gliederung.de) heruntergeladen werden.

***Anmeldung zum Rundbrief***

Wer unsere Rundbriefe beim Erscheinen als Zusendung per Mail erhalten möchte, kann sich in unseren E-Mail-Verteiler aufnehmen lassen. Senden Sie hierzu bitte eine E-Mail-Nachricht an rundbrief@3gliederung.de mit dem Betreff «**Anmeldung Rundbrief**».

Gleiches gilt für den gegenteiligen Fall mit dem Betreff «Abmeldung Rundbrief»

***Impressum***

Dieser Rundbrief ist eine Publikation mit Beiträgen zur «Dreigliederung des sozialen Organismus», die von den Mitgliedern der Arbeitsgruppe «Rundbrief für Soziale Dreigliederung» erstellt wird.

Mitwirkung in der Redaktion* sowie Satz und Versand: Richard Smidt

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Richard Smidt, Am Spielberg 9, 54306 Kordel, Deutschland, Telefon +49 6505 1006, E-Mail-Adresse rundbrief@3gliederung.de

Die Verantwortung für den Inhalt der Beiträge tragen die Autoren; sie sind nicht als Meinungsäußerungen der Redaktion anzusehen.

Bei Leserbriefen und Gastbeiträgen behalten wir uns Auswahl und Kürzung vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr.

Erscheinungsweise alle ein bis zwei Monate – Verbreitung über E-Mail-Verteiler – Weiterleitung als vollständiger Rundbrief an Interessierte erwünscht. Die Rundbrief-Erstellung erfolgt ehrenamtlich; die Pdf-Dateien sind kostenlos erhältlich.

Der Rundbrief sowie alle in ihm enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung der Autorin / des Autors und der Redaktion.

* Zum Redaktionsteam gehören:

Germar Wetzler
Gryf Bailer
Karin Ghion-Hamadu
Nicholas Dodwell
Richard Smidt

* * *